

Arbeiterstimme

Z Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 13. August 1925 Nummer 103

Zollraub mit Verfassungsbruch

Die Zollaussplünderung im Reichstage in dritter Lesung beschlossen — Verständigung über das Sicherheitsdiktat

Berlin, 12. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Mittwoch vormittag 11 Uhr 20 Minuten haben die kommunistischen und republikanischen Zollrauparteien den Reichstag mit Einbruch des darin enthaltenen Verfassungsändernden Ermächtigungsgesetzes in einfacher Lesung in dritter Lesung zum Gesetz erhoben. Die ganze Komödie war in wenigen Minuten beendet, der Raub der Zölle und Kapitalisten im Handumdrehen beschlossen. Die Kommunisten und Sozialdemokraten versuchten bis auf den letzten Mann den Saal, indem also ein hohes Kampfparkament zurückblieb. Die Demokraten, die doch als Opposition ausgaben, beteiligten sich zwar nicht an der Abstimmung, verließen aber nicht den Saal, obwohl noch am Abend zuvor die „Völkische Zeitung“ selbst erklärt hatte, diese Zersplitterung der Opposition bringe den Zollpartei den bisher denkbar größten Nutzen und erlaube ihnen erst, ihre Gewalttätigkeit in halbwegs legaler Form auszuführen. Die „Völk.“ hatte angekündigt, es sei unmöglich, daß man noch weiter durch Anwesenheit im Saal bei den Abstimmungen für die mangelnde Anzahl der Zölmehrheit Erfolg heile. Dennoch kehrten die Demokraten auch weiter diesen Erfolg, indem sie sich nicht an den Ausgang der Kommunisten und Sozialdemokraten beteiligten, sondern durch ihre Verbotslisten die Beschlußfähigkeit des Hauses sicherten.

Zu Beginn der Sitzung forderte die kommunistische Fraktion, die Beschwerden der Genossen Schüh, Torgler, Kämpfe, Reddermeyer und Wünnenberg als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Genosse Weber forderte, daß dann die kommunistische Interpellation über die Vorgänge bei der Antikriegslandung in Essen besprochen werde. Außerdem verlangten die Kommunisten die Beratung ihres Antrages, der den Arbeitern, Angestellten und Beamten des Reichstages eine besondere Entschädigung geben will. Bei der Abstimmung stimmten Hermann Müller und Pittmann, die übrigen Fraktionsmitglieder waren nicht im Saal, gegen die Behandlung der Interpellation über die Vorgänge in Essen, wohl deshalb, weil darin festgelegt wird, daß der sozialdemokratische Regierungskonferenz die Brutalität gegen die Essener Arbeiterkassen organisiert hat, die dann von dem Sozialdemokraten Severing gebilligt wurden. Die Behandlung der kommunistischen Anträge auf Entschädigung der im Reichstag Beschäftigten wird gegen die Stimmen der Kommunisten und anwesenden Sozialdemokraten abgelehnt. Darauf dann über die Beschwerde der durch die Polizei herausgeworfenen Genossen als erster Punkt verhandelt wurde (was vorher beschloffen war), verließen Hermann Müller und Pittmann den Saal. Damit drückten sie sich vor der Abstimmung über das unerhörte Vorgehen des deutschnationalen Vizepräsidenten Graef. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurden die Beschwerden von den Bürgerblockpartei abgelehnt. Wie der Präsident Löbe mitteilt, hat er die Beschwerde des Genossen Schüh über seine Mißhandlung durch Polizeibeamte dem Berliner Polizeipräsidenten zur Untersuchung übergeben. Was dabei herauskommt, kennt man aus ähnlichen Beispielen.

Dann wird in die dritte Lesung der Zollvorlage eingetreten. Als erster verlas Genosse Koenen eine Erklärung der kommunistischen Fraktion zu den Zoll- und Steuerentwürfen des Bürgerblocks. Er schloß mit den Worten: Die Kommunisten werden sich nicht an der Abstimmung über die Wucherzölle beteiligen, aber das Volk zum Massenstreik gegen die Zoll- und Steuerentwürfe aufrufen.

Unter den Rufen: „Nieder mit dem Parlament der Massenentplünderung! Nieder mit den Zollwuchtern!“

verließen dann die Kommunisten geschlossen den Saal. Die Zollvorlage wurde dann in dritter Lesung vom Kampfparkament endgültig angenommen. Präsident Löbe erklärte dazu, es sei zweifelhaft, ob die Ermächtigungsgesetzgebung verfassungsmäßig zustandekommen seien. Für die Deutschnationalen erwiderte Schüh-Bromberg, daß nach dem Ausspruch der Kommunisten und Sozialdemokraten allerdings die für verfassungswidrige Bestimmungen notwendige Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden sei. Eine namentliche Abstimmung wurde nicht vorgenommen, damit die Beschlußfähigkeit des Hauses ja nicht offiziell sichtbar werde.

In der Folge wurde die Amnestievorlage noch auf die Tagesordnung gesetzt. Die Kommunisten und Sozialdemokraten waren wieder im Saal erschienen. Landsberg (SPD.) erklärte, seine Partei werde für die Amnestie eintreten, aber keine neuen Abänderungsanträge stellen, sondern zum Teil für die kommunistischen Anträge eintreten. Darauf anschließerte Genosse Eisler nochmals eindringlich den Charakter dieses Amnestiegesetzes und begründete eine ganze Reihe von umfassenden Anträgen. Nachdem ein völkischer und ein demokratischer Redner erklärt hatten, die Amnestie genüge ihnen auch nicht, erklärte Koenen (SPD.), seine Partei werde trotz aller Bedenken der Vorlage zustimmen. Ebenso gab Genosse Stöber die Erklärung ab, die Kommunisten läßen sich gezwungen, diesem Gesetz zuzustimmen, weil es sonst überhaupt keine Amnestie gäbe. „Wir werden aber den Kampf draußen weiter führen, bis der letzte proletarische Klassenkämpfer aus den Kerker der Republik herausgeholt ist.“ Darauf wurde die Amnestievorlage einstimmig ohne irgendwelche erhebliche Veränderung angenommen. Es bleibt also bei dem Amnestietermin 31. Oktober 1923, es bleibt bei den allein amnestierten 2 Jahren Gefängnis und Zerstörung, es bleibt bei dem Ausschluß der Zuchthausstrafen, es bleibt bei den unzulässigen Ausnahmen von der Amnestie. Sogar die Demokraten hatten teilweise für die kommunistischen Anträge gestimmt, die sämtlich abgelehnt wurden. Es wurden noch Ausdrucksentwässerungen angenommen, wonach Disziplinartatzen der Beamten unter das Gesetz fallen und wonach die Länder aufgefordert werden, möglichst schnell entsprechend der Reichsamnestie die Länderamnestiegesetz herauszubringen.

Um 16 Uhr, nachdem noch das Saarabkommen auf der Tagesordnung gestanden hatte, wurde die Sitzung beendet. Der Reichstag wird wahrscheinlich gemäß den Vorläufen des Reichstages am 19. November wieder zusammentreten.

Wie wehrt sich die Arbeiterschaft gegen Zwangstarife?

Unter den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen sind die Zwangstarife durch Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen wieder zu ganz besonderer Bedeutung gelangt. Schien es im vergangenen Jahr und auch noch zu Beginn dieses Jahres, als ob im wesentlichen die Arbeiterschaft aus diesen Zwangstarifen Nutzen ziehe und diese dazu beitragen, das seit der Inflationszeit sehr niedrige Lohnniveau langsam wieder zu erhöhen, so hat heute dieser salbige Schein überall einer nüchternen Anschauung Platz gemacht. In immer weiteren Kreisen der Arbeiterschaft befestigt sich die Überzeugung, daß der Tarifzwang in Händen des kapitalistischen Staates nicht zur Erhöhung, sondern zum geraden Gegenteil, zur Verhinderung des Kampfes um derartige Lohnerhöhungen dient und bestimmt ist. Und bei richtigem Nachdenken und Abwägen werden auch diejenigen, welche auch heute noch die Zwangstarife mit dem Hinweis auf die „Erfolge“ der verflochtenen Zeit verteidigen, einsehen, daß sie sich durch den Schein haben irreführen lassen. Auch sie werden zugeben müssen, daß das Schlichtungsverfahren, die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen der Arbeiterschaft nur in den Fällen Erfolge gebracht haben, in welchen ihre Stellung von vornherein so hart und befestigt war, daß auch die Schlichtungsbehörden sich diesem Druck nicht entziehen konnten. In diesen Fällen aber hätten die Arbeiter im direkten Kampf oder in direkten Verhandlungen zweifellos dasselbe, wahrscheinlich sogar noch mehr erreichen können. Dort jedoch, wo die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Position der Arbeiterschaft schwach war, hat ihr auch der verbindlich erklärte Schiedspruch, der Zwangstarif, fast niemals geholfen. Denn hier hatten die Unternehmer immer die Möglichkeit, durch Entlassungen usw. oder die bloße Drohung mit ihnen, einen derartigen Druck auszuüben, daß schon der Schlichtungsausschuss im Schlichtungsverfahren keine wesentlichen Erhöhungen zustande brachte, oder aber diese Erhöhung nachher durch Verzicht auf tarifmäßige Ausschüttung und mittels anderer Hinterzügen illusorisch gemacht wurden.

Obwohl dieser problematische Wert des Schlichtungsverfahrens und ganz besonders der Zwangstarife bereits in der Inflationszeit deutlich zu Tage trat, hält die Gewerkschaftsbureaucratie noch heute an diesem System fest. Dies geschieht einerseits, weil im wesentlichen mit diesem System der Zwangstarife die staatliche Anerkennung der Gewerkschaften verbunden ist, und weil dieses System dazu beigetragen hat, den Einfluß der Gewerkschaftsbureaucratie auf die Arbeiterschaft erheblich zu vergrößern und zu sichern.

Denn nachdem die Verlegung des wirtschaftlichen Kampfes an den grünen Tisch der Verhandlungstische durch den Staat legalisiert bzw. erzwungen war, konnte die Bureaucratie für etwaige Mißerfolge nicht mehr verantwortlich gemacht werden. Gegen verbindlich erklärte Schiedsprüche „ließ sich eben nichts machen“, und wenn die Schiedsprüche ungeduldig wurden, konnte man sie jederzeit mit der Aussicht auf ein neues Verfahren in kurzer Zeit abspülen. Die für die Massen recht kostspieligen Streiks erschienen nun überflüssig, denn die Anträge und Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen kosteten nichts, und eine Kleinigkeit ließ sich bei diesen immer heraushehlen. Hierzu kam, daß bei dieser Art des friedlichen Wirtschaftskampfes die Mitglieder gegenüber den in jahrelanger Praxis ausgebildeten Verhandlungsfachkräften und der Taktik der Bureaucratie unterlegen waren, und selbst, wenn der Wille dazu bestand, aus Mangel an geeigneten Erfahren vielfach nicht zu Abberufungen schritten.

In Folge aller dieser Momente konnte die Bureaucratie das System der Zwangstarife in weitestem Maße für sich ausnützen und innerhalb der Organisation ihre auf die Vermeidung jeden Kampfes, ganz besonders aber jeder Massenbeanpruchung gerichtete Politik des friedlichen Kampfes gegenüber den Mitgliedern durchsetzen.

Nach der Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches, und mag er noch so eindeutig zugunsten der Arbeitnehmer sein, lehnen sie die Unterstützung jeder Bewegung ab, und berufen sich hierfür im wesentlichen auf zwei Gründe: Einmal nämlich heßen sie die Behauptung auf, daß die von ihnen als wichtigste Errungenschaft des Jahres 1918 betrachtete Anerkennung der Tarifverträge und der Gewerkschaften selbst dadurch gefährdet werden, zum andern jedoch berufen sie sich darauf, daß nach der heutigen Gesetzgebung und Rechtsprechung sie von den Unternehmern für Verletzung der Tarifverträge — mögen sie

Brestimmen zum Zolltag

Das Zollunterblatt, die „Deutsche Tageszeitung“, begrüßt die Annahme der Zollgesetze mit Triumph. Aber die Demokraten höhnen das Blatt: „Sie waren zwar anwesend, wünschten aber, diese Anwesenheit als Abwesenheit angesehen zu wissen. Man kann ihnen diesen, durch besondere Tapferkeit sich auszeichnenden Wunsch gewähren.“

Das demokratische „Berliner Tageblatt“ sagt: „Man drangalierte mit noch nie dagewesener Brutalität den Versuch, wenigstens noch in letzter Stunde die dringenden Einwände und Verbesserungen durchzusetzen. Auch in dieser Hinsicht steht die heute zum Abschluß kommende Tagung ohne Beispiel in der gesamten Parlamentsgeschichte da, und man hätte dringend gewünscht, daß die Demokraten ihre Stellung vor dem ganzen Lande noch dadurch deutlicher kennzeichneten, daß sie sich nicht nur der Stimme entziehen, sondern sich auch aus dem Saale entfernen.“

Das „Vorwärts“ nimmt das Zentrum in Schutz. Er stellt ganz fest: „Vordringend ist diese Gesetzgebung aus dem Instanzen, bis zur äußersten Solidartät gesteigerten Zusammenarbeit der Rechtsparteien und des Zentrums.“ Aber er findet gleich eine Entschuldigung: „Beim Zentrum hat es sich das Wort bewahrt: Das erste Recht uns frei, beim zweiten hat wir Rechte. Da es sich auf die Gemeinschaft mit den Deutschnationalen eingelassen hatte, blieb ihm zum Schluß nichts anderes übrig, als diese Schwandlätzelein

bis zur brutalsten Vergewaltigung der Minderheit mitzumachen.“

Dafür schlägt er wild gegen die Aufforderung zum aktiven außerparlamentarischen Widerstand. „Von Generalstreik in diesem Augenblick reden ist wirklich Generalanfin, das heißt gerade noch, daß die Arbeiterschaft jetzt ihre Kampfmittel hantlos verpulvert!“

Die Sorge um die Würde des Parlamentes ist für den „Vorwärts“ augenblicklich die größte.

Der unpolitische ADGB wird nicht kämpfen

Berlin, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern wurden Delegierte der Firmen Kuhnheim, Herting und des Siemenskonzerns vom Bundesvorstand des ADGB empfangen. Auf die Frage, was der ADGB gegen das Zolldiktat tun wolle, wurde ihnen erklärt, die Gewerkschaften könnten einen Generalstreik nicht finanzieren. Auf den Vorwurf, daß der ADGB sich an den heutigen Kundgebungen der SPD gegen den Zollwucher beteiligen wolle, wurde geantwortet, das sei nicht möglich, da der ADGB unpolitisch sei und von jetzt ab ohne die Parteien seine Kampfmittel durchzuführen werde.

treten, aber zungewisse zustande gekommen sein -
schadenhaftig gemacht werden können.

Beide Einwände sind jedoch nur Vorwände, die einer eingehenden Prüfung keineswegs Stand halten. Zunächst besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen den freiwilligen Tarifverträgen und ihrer Anerkennung durch die Gewerkschaften auf der einen Seite und der Möglichkeit und der Befugnis der staatlichen Bürokratie, zungewisse solche Tarifverträge herbeizuführen, auf der anderen. Das Fehlen dieser Befugnis würde keinesfalls - wie übrigens auch die Praxis des Auslandes zeigt - den Abschluß von Tarifverträgen verhindern oder erschweren. Denn die Unternehmer und ihre Organisationen haben im Grunde genau das gleiche Interesse wie die Gewerkschaften am Zustandekommen von Tarifverträgen, zumal diese für die Ausschaltung der inneren Konkurrenz der einzelnen Werke, insbesondere in der nicht kartellierten Fertigungsindustrie, von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind. Wo den Unternehmern aber Tarifverträge unangelegen sind, finden sie auch heute genügend Mittel und Wege, um sich der Wirkung der Zwangstarife zu entziehen. Sei es durch formale Auflösung des Verbandes, sei es durch Befreiung der Tariffähigkeit durch Satzungsänderungen, sei es durch teilweise Stilllegung, Betriebsbeschränkungen usw. Dies zeigt, daß der in der Öffentlichkeit zeitweise sehr heftige Kampf der Unternehmer gegen die Zwangstarife im Grunde nur ein geschicktes taktisches Manöver darstellt, zu dem Zwecke, einmal die ohne höhere Prüfung den entgegengeleiteten Standpunkt einnehmenden Gewerkschaften umso härter an sich zu fetten, zum andern aber, um die staatliche Bürokratie unter den Druck der Öffentlichkeit zu stellen und so der Politik und den Wünschen der Unternehmer bei der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsgerichten gefügig zu machen.

Die Befreiung der Verbindlichkeitsklärung würde keineswegs für die Arbeiterschaft, sondern weit mehr für die Unternehmer von größerem Nachteil sein, denn sie hindert, die ihres Frontes wegen an einer kontinuierlichen, durch keine offenen Arbeitskämpfe gestörten Produktion interessiert sind.

Die Arbeiterschaft kommt jedoch, wenn sie nicht ihre Vorgehensweise will, auch bei Befreiung der Zwangstarife keineswegs um diese Kämpfe herum, wie die Praxis der letzten Jahre beweist. Genau so zeigen die von sozialdemokratischen Schlichtern gefällten Entscheidungen, welche nicht die geringsten Abweichungen von denen der bürgerlichen Schlichter zeigen und zeigen könnten. Denn letzten Endes muß unter kapitalistischen Verhältnissen sich die staatliche Regelung den Gesetzen des Wirtschaftslebens fügen und anpassen und dort, wo sie dies nicht von selbst tut, kann sie die Unternehmer nicht daran hindern, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln - und sei es die jetzt von der Schwerindustrie planmäßig vorgenommene Betriebsbeschränkung - den staatlichen Zwangstarifen und Maßnahmen zu entziehen.

Auf den zweiten Einwand, welcher die rechtliche Lage der Gewerkschaften bei Befreiung von Tarifverträgen bzw. nach deren zungewissen Abschluß durch verbindliche Schiedsgerichte betrifft, soll in einem zweiten Artikel eingegangen werden.

Die Mißhandlungen des Genossen Schüh

Berlin, 11. August. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Schüh hat an den Präsidenten des Reichstages folgende Beschwerde gerichtet:

„Ich erhebe hiermit schriftlich Protest gegen die Behandlung meiner Person bei meinem Hinauswurf aus dem Reichstag. Als die Kriminalbeamten eintraten, verlangte ich von dem Führer derselben den Ausweis, wonach er befugt sei, meine Ausweisung vorzunehmen. Als Antwort darauf kürzten sich drei von den Kriminalbeamten auf mich und schleppten mich gewaltsam aus dem Sitzungssaal. Ein Kriminalbeamter hielt mich schon im Sitzungssaal mit dem Fuß in den Rücken; ein anderer Beamter forderte meine Kollegen auf, lester zuzupacken, und ich wurde darauf an den Händen gefaßt, so daß der Rest mehrere Ausrufwörterchen an den Armen feststellen konnte. Als die Tür zum Sitzungssaal zugemacht wurde und ich mich mit den Beamten hinter derselben befand, ließen sofort weitere Mißhandlungen ein. Ich wurde auf Kopf und Rücken geschlagen. Außerdem wurde ich bis an die Portalstiege mit Aushöckern traktiert. Besonders ausgebeutet wurden die Beamten noch dadurch, daß sich hinter dem Plenarsaal Abgeordnete der Rechten und Regierungsvertreter angelagert hatten, die den Beamten fortgeleitet zu rufen: „Zimmer leste druck! Haut ihn! Das ganze Gefindel müßte man an die Wand stellen! Führt doch richtig zu, die Bande verdient es nicht anders!“ um. Man hatte mir nicht Zeit gelassen, meine Äußerungen, die ich an meinem Platz im Sitzungssaal befand, mitzunehmen. Als ich im Portal 2 einen Beamten erlaubte, daß man mir die Tasche bringen sollte, gab man mir zur Antwort, ich könne noch ein paar in die Tasche bekommen.

Ich glaube kaum, daß der Reichstag sich mit solchen Behandlungsmethoden seiner Abgeordneten einverstanden erklären kann, und ich fordere vom Herrn Präsidenten die sofortige Einleitung einer Untersuchung mit dem Ziel, eine Festsetzung der Schuldsachen herbeizuführen.“

Das ist der deutsche Parlamentarismus! Und so sieht die „republikanische Demokratie“ aus!

Hilferding über den Hinauswurf der Kommunisten

Berlin, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Wir haben schon in unserem Reichstagsbericht auf die Verhandlungen Großes mit Hermann Müller-Branden hingewiesen. Nachstehend geben wir ein Gespräch zwischen Hilferding und einigen anderen sozialdemokratischen Abgeordneten wieder. Hilferding erklärte: „Was soll man machen? Der Präsident hat vollkommen recht. Ich hätte genau so gehandelt.“ Das erklärte er in einer Gruppe von Sozialdemokraten, die aus den Abgeordneten Breitscheid, Künzler und anderen bestand. Künzler und die anderen Sozialdemokraten widersprachen Hilferding auf das Schärfste.

Höllein spricht in Bremen

Bremen, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Vorgestern fand eine von der kommunistischen Partei einberufene Protestversammlung gegen Steuerraub und Wucherzölle statt, in der Höllein sprach. In einer Resolution bekannte sich die Versammlung einmütig zu der Weiterführung des Kampfes mit allen außerparlamentarischen Mitteln. Ein Rechtsanwalt Oster Scholz, der über 5 Jahre Mitglied der SPD. W. erklärte, daß er mit der SPD. Schluß machte, und jetzt unter kommunistischer Befehlshandlung der Versammlung sein Mitgliedsbuch. Nach der Versammlung formierte sich ein Demonstrationzug.

Berlegenheitsprodukt der Antibolschewisten

Den Sozialdemokraten beginnen die Felle wegzuschlagen, und täglich können die betrübten Vorgesetzten auf eine gegen den Staat der Arbeiter und Bauern gerichtete Niedertracht. In dem Bestreben, gegen Sowjetrußland zu hegen, ist den antibolschewistischen Soldaten jedes Mittel willkommen. Dabei bestanden sich die „Linken“ in voller Uebereinstimmung mit ihren rechten Freunden. Der neueste Schwindel gegen Sowjetrußland wird von der „Dresdner Volkszeitung“ unter der Ueberschrift „Koschrei der russischen Arbeiterschaft“ in großer Aufmachung den sozialdemokratischen Arbeitern ausgetischt. Es scheint, als wenn den Redakteuren der „Dresdner Volkszeitung“, denen die Berichte ihrer eigenen Parteigenossen, die wir in der Auslandnummer der „Arbeiterstimme“ veröffentlichten, wie Blei in den Gliedern liegen, und sie sich nur langsam von ihrem Schrecken erholen. Gierig stürzen sie sich auf den neuen antibolschewistischen Brocken und schreiben dazu folgendes:

„Der nachstehende Austral Charakterisiert Rußland auch etwas anders als Besete gewisser Arbeiterdelegationen, denen gegenwärtig in Rußland bolschewistische Dörfer gezeigt werden.“

Die Arbeiterdelegationen haben es ihnen also angehan. Aus dieser neuen antibolschewistischen, Sudelei klingt deutlich der Haß gegen die nach Sowjetrußland emigrierten Arbeiter. Zum so-und-so-wohlsten Male wird der Schwindel von den Potemkinischen Dörfern ausgemäht. Kein Arbeiter wird darauf hereinfallen. Den Anlaß zu dieser neuen Antibolschewistenhege gibt die Hamburger Tagung der sozialistischen Arbeiterjugend. An diesen Jugentag hat die angebliche „Russische Arbeiterjugend“ einen Appell gerichtet, in dem sie sich gegen die Verbannung und Verfolgung der menschewistischen Jugend in Rußland wendet. In diesem Aufruf der „Russischen“ Jugend wird die freche Behauptung aufgestellt:

„In Rußland wird auf dem Grabe der kommunistischen Illusionen die Herrschaft des Kapitalismus wieder aufgerichtet.“

Dieser Blödsinn, an den selbst die Redakteure der „Dresdner Volkszeitung“ nicht glauben, ist so durcheinander, so dumm, und so oft wiederholt, daß es sich nicht lohnt, trotz der vielen Gegenbeweise nochmals auf diesen kom-



pletten Uninn einzugehen. Die russischen Menschewisten als Verteidiger der kommunistischen Wirtschaftstheorie lachen Schüh bei den deutschen Sozialdemokraten, als „Verteidiger kommunistischer Illusionen“, als „Segner sozialistischer Aufbauarbeit“. In dieser Methode erkennt man so recht die geistige Inspiration Paul Levins, der die Kommunisten vorwärts, opportunistisch zu sein, weil sie gegen die monarchistische Gefahr kämpften. Am Schluß des Auftrufes fordert die „Russische Arbeiterjugend“ auf:

„Deutsche Jugendgenossen, bekämpft überall die kommunistische Lüge über das Sowjetparadies.“

Damit ist der Mantel gefallen, gefallen ist auch der Herzog.

Wer ist die „Russische Arbeiterjugend“, die sich unterzeichnet als Auslandsvertretung des Verbandes der „Sozialdemokratischen Arbeiterjugend Rußlands“? Um wen anders, als um ein paar deflaßierte, verformene Intellektuelle aus der Lindenstraße 3 in Berlin kann es sich hier handeln, die sich aus Furcht vor den Folgen ihrer konterrevolutionären Handlungen in das Paradies der „freiesten aller demokratischen Republiken“ geflüchtet haben und hier unter diesem Pseudonym die Freiheit besitzen, den Namen der russischen Arbeiterjugend zu schänden.

Wie die kommunistischen Lügen über das Sowjetparadies aussehen, berichtet der sozialdemokratische Arbeiterdelegierte Vogelgang aus Dresden, nach seinen eigenen Worten wie folgt:

„Was die Russen für die heranwachsende Jugend leisten, macht ihnen kein anderes Land nach. Wer die Jugend hat, hat auch die Zukunft. Solch eine Kindererziehung ist wirklich etwas Herrliches.“

So, ihr armen Schmals aus der „Dresdner Volkszeitung“, nennt die Namen der „Auslandsdelegation“, gebt an, seit wann sie sich außerhalb der Grenzen Rußlands befinden, dann werden die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, daß auch diese neue antibolschewistische Hege darauf gerichtet ist, die werdende Klassenfront zwischen deutschen und russischen Proletariern im Interesse der imperialistischen Räuber zu zerschlagen.

Einigung der Imperialisten

Verständigung über den Sicherheitspakt.

London, 12. August. (Telunion.) Nach einer längeren Besprechung zwischen Chamberlain und Briand wurde folgende Erklärung ausgegeben: Die Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain haben zu einem vollen Einverständnis über den Text der Antwortsätze geführt, die die französische Regierung im Einverständnis mit den alliierten

ten Mächten auf die letzte deutsche Garantievertragsnote abgeben wird. Die Besprechungen gaben Anlaß zu einem Meinungsaustrausch über den geplanten Sicherheitspakt, der eine endgültige Form gewinnen könnte, wenn hierüber Verhandlungen zwischen dem Vertreter spanischer beteiligter Mächte eröffnet werden. Die Londoner Ausprägung hat wesentlich zur Beschleunigung der weiteren Verhandlungen beigetragen, die zu einem endgültigen Ergebnis führen werden.

Briand wird morgen abend 8,30 Uhr in Paris zurück erwartet. Der französische Außenminister wird sofort einen Kabinettsrat Bericht über den Verlauf seiner Londoner Unterredungen erstatten. Der Londoner „Times“-Korrespondent meldet seinem Blatte ergänzend, daß außer der Einigung über die französische Antwort an Deutschland zwei wichtige Lösungen erfüllt werden. Auf englische Anregung sei beschlossen worden, Deutschland zu veranlassen, im September einen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zu stellen und daß es auch zunächst beibehalten werden soll. Gleichzeitig wird ein Gutachten der alliierten Militärkommission eingeholt, ob Deutschland die Abrüstung restlos erfüllt hat. Trifft dieses zu, so wird die Aufnahme endgültig erfolgen, womit der Garantievertrag unmittelbar in Kraft tritt. Ueber die militärische Rheinlandzone haben Frankreich und England beschlossen, daß sie für den Fall schwerer Verstöße gegen die Bestimmungen der Artikel 42 bis 44 des Garantievertrages oder gegen die Bestimmungen des Sicherheitspaktes nach einer sofortigen Rücksprache zwischen Paris und London unmittelbar gemeinsam vorgehen werden, während bei leichteren Verstößen der Weg zum Schiedsgericht beschritten werden soll. Was die übrigen deutschen Grenzen anbelangt, so behält sich England die Stellungnahme bis zur Fällung eines Schiedsgerichtes vor und wird nur eingreifen, wenn der Konflikt sich auf die Rheinlandgrenze ausdehnen droht.

Heute vormittag berieten auch die englischen und französischen Sachverständigen über verschiedene einzelne Fragen. Briand erklärte französischen Journalisten, daß zwischen Frankreich und England über den Text der Antwortsätze an Deutschland vollen Einverständnis erzielt worden. Eine Abschrift der Note wird Belgien und Italien zugestellt. Nach der Meinungsäußerung der beiden Staaten wird die Note am 15. August nach Berlin abgegangen, worauf die Verhandlungen eröffnet werden könnten. Briand erklärte weiter, daß er sich am 2. September nach Genf begeben werde. Was den Garantiepakt anbelangt, so werde jeder der Alliierten einen besonderen Entwurf vorbereiten, der dann zu einem endgültigen Entwurf umgearbeitet werden werde. Briand fügt lächelnd hinzu: Soweit sind wir jedoch nicht. In politischen Kreisen verlautet, daß beide Außenminister sich über eine interalliierte Konferenz geeinigt hätten, die in Brüssel stattfinden soll. Zu der Konferenz soll auch Deutschland eingeladen werden, doch hat Briand durchgezeigt, daß auch Polen und die Tschechoslowakei zugezogen werden.

Deutschland wird also eingeladen werden, das inkonstante Ententeblitz, den sogenannten Garantiepakt entgegenzunehmen und gleichzeitig in den Völkerbund bedingungslos einzutreten. Darüber sind sich der englische und französische Imperialismus wohl einig. Diese Einigkeit ist natürlich sehr beschränkt. Die Londoner Besprechung der beiden Imperialistenagenten dient einem ganz großen Schachergespiel, das letzten Endes auf Deutschlands Kosten abgesehen wird. Frankreich hat „Schwierigkeiten“ in Marokko und Syrien, England in China und Kowul. Die gegenwärtigen Ansprüche sollen vorübergehend auf Deutschlands Rücken ausgeglichen und zur Verrichtung der antilowjetistischen Einheitsfront ausgespielt werden. Nach der Zolldebatte steht jetzt auf außenpolitischen Gebiet eine Entscheidung von allerweittragendster Bedeutung an der Tagesordnung: soll Deutschland bedingungslos in den Völkerbund eintreten und damit, sowie durch den geplanten Sicherheitspakt nicht nur neue Anker aufzunehmen, sondern sich auch in die sowjetfeindliche Allianzfront mitschleifen lassen - oder soll Deutschland im Bunde mit dem werktätigen Rußland und allen unterdrückten Völkern dem Ententeimperialismus Widerstand leisten. Die „nationalen“ Politiker sind entzweit, den ersten, nachhängnisvollen Weg zu gehen. Warum es sich bei ihnen handelt, ist nur noch die Höhe des Preises, den Deutschland für seine Landstreckendienste erhalten soll. Die Massen des Volkes dagegen rebellieren gegen diesen Gedanken. Nicht nur kommunistische, auch sozialdemokratische, parteilose und nationaldenkende Arbeiter leisten dem Plane Widerstand. Die nationale Regierung wird aber ebenso wie bei ihren Zollmückerplänen auf den Volkswillen pfeifen, rücksichtslos vorgehen, wenn sich der Widerstand der Massen nicht organisiert.

Die Sozialdemokratie behauptet, diese Reichsregierung wegen ihrer brutalen Zolldiktatur bekämpfen zu wollen. Wie soll es sich mit diesen Behauptungen reimen, wenn die selbe SPD. diese Regierung in ihren verbrochensten außenpolitischen Plänen unterstützt? Was werden die sozialdemokratischen Arbeiter dazu sagen? Werden sie nicht merken, daß Sicherheitspakt und Zolldiktatur die beiden Seiten ein und derselben reaktionären Politik sind?

Der Kampf um den Achtstundentag in der Hüttenindustrie

Essen, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die in Essen stattgefundenen Arbeitszeitverhandlungen für die nordwestlichen Gruppen der Eisen- und Hüttenindustrie sind ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer lehnten die Forderung auf Wiedereinführung des Achtstundentages auf der ganzen Linie ab. Auf Veranlassung der Gewerkschaftsvertreter werden am Dienstag den 18. August Verhandlungen vor dem Schlichter stattfinden.

Neue Massentötungen im Bergbau

Dortmund, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche luxemburgische Bergwerks-A.G. hat beantragt, die Arbeiter auf Tiefbau, Kaiser Friedrich und Wiendobelsbacht zurückzulassen und 2400 Arbeiter zu entlassen.

Heftige Kämpfe in Marokko

Madrid, 13. August. (Telunion.) Gestern war ein heftiger Kampf zwischen uns an der spanischen Front lebhaft Kampftätigkeit. Die Vorbereitungen der Franzosen zu größeren Kampfhandlungen sind weiter fortgeschritten. Im Abschnitt von Barrache haben spanische und französische Truppen gemeinsame Operationen durchgeführt, um eine engere Fühlung herzustellen. Die Spanier haben umfangreiche Maßnahmen getroffen, um in der Zone von Tetuan die Transporte der Rifstämme von der Tangerszone nach dem Innern zu hören.

Kampf den Zollräubern!

Erklärung

369

der kommunistischen Reichstagsfraktion zu der unter Verfassungsbruch erfolgten Durchpeitschung der Zollvorlage am 12. August 1925.

Bei Beginn der 2. Lesung der Zollvorlage der Luther-Regierung gab Genosse Roosen folgende Erklärung ab, nach deren Verlesung die Kommunisten mit lebhaften Klufen „Rieder mit dem Zollwucher“, „Zollräuber!“ dem Organisationsbeschluss zustimmten.

Erklärung.

Unter Schutz des Protekt gegen die neuen Vergewaltigungsbefehle des Bürgerblods

Habe ich im Auftrage der kommunistischen Fraktion zu der gegen die werksäftigen Verbraucher massen gerichteten Gesetzesfabrikation folgende Erklärung abgegeben, die sich über die Parteien des Reichstages hinaus

an die proletarischen Massen, die Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Beamten und Kleinbauern

richtet.

Der Schlußakt des schlimmsten Raubzuges am werksäftigen Volk Deutschlands ist vollzogen!

Unter dem Hindenburgkurs ist es der monarchistischen Luther-Regierung gelungen, dem erneuten Versuch des kapitalistischen Wiederaufbaues rückwärts die Interessen der werksäftigen Bevölkerung zu opfern. Seit der Herrschaft des „Reiters“ ist den werksäftigen Massen immer erneut Saß auf Saß aufgebürdet worden.

Die Bereicherung der Kapitalisten, die Schaffung neuer Vermögen, das haben die Luther und Schlieben offen als höchst und Ziel verkündet! Neues Kapital in den Händen der Besitzenden aufzuhäufen, das war der Sinn des schändlichen Treibens der Bürgerblodparteien!

Und sie alleamt vertreten hemmungslos die aus den Jahren vor der französischen Revolution bekannte Lösung:

Bereichert Euch!

während draußen das Volk verarmt, die Teuerung steigt, die Selbstmorde zunehmen, die Schwindsucht umgeht, die Säuglinge sterben und die Massenarbeitslosigkeit für Millionen wieder als drohendes Schrecknis vor uns steht.

Mit dem Aufwertungsgezet.

das für Millionen Betrogenen ein Abwertungsgezet war, haben die Inflationstgewinnler ihren Raub in Sicherheit gebracht. Um viele Milliarden haben sie dabei die verarmenden Mittelklassen in Stadt und Land und die durch die Geldentwertung ausgeplünderte Arbeiterschaft geprellt. Das namenlose Elend der Betrogenen kümmerte sie nicht. Sie wollten und wollten nichts anderes als den

Schutz des ergrannerten Kriegs- und Inflationsergebnisse.

Der Milliardensteuertraub

galt dem gleichen Ziele. Alle Besitzbelastungen sind verschwunden. Der monarchistische Finanzminister von Schlieben erklärte, daß an der Kapitalsubstanz nicht mehr gekürrt werden soll.

Es gibt keine Besitzsteuer in Deutschland mehr!

Diese unerhörte Tatsache muß klar erkannt werden, um die ganze ungeheuerliche Gemeinheit der jetzigen Steuerpolitik zu begreifen. Was man noch Besitzsteuer nennt, das sind launig verkappte Einkommensteuern, die der Kapitalist meist nach durch Wertenerkung seiner Produkte den Verbrauchermassen aufpakt. Die Vermögenssubstanz wird nicht angegriffen, — Luther und Schlieben haben es selbst feierlich erklärt!

Mit dem neuesten Steuertraub nähern wir uns wieder in erschreckender Weise den Zeiten der Cuno-Regierung, wo über 90 Prozent der Reichseinnahmen allein aus der Lohnsteuer

der Arbeiter, Angestellten und Beamten herausgeholt wurden. Der Steuerbetrag aus der Inflationsteil wird jetzt zum gesetzlichen Zustand erhoben. Die Steuerwuchererei ist zum System geworden

Die Massensteuern

sind den Besitzenden ein Mittel der Bereicherung, ein Mittel zur neuen Vermögensbildung! Der sogenannte wirtschaftliche Wiederaufbau erschließt sich offen als ein Wiederaufbau des großen Kapitalbesitzes

Dreifache Steuerlast sollen die arbeitenden Massen schleppen.

Zu den Steuerlasten aus der Vorkriegszeit von 4,8 Milliarden kamen die Milliardenbeträge für innere Kriegsschulden und für Reparationszahlungen an das

Entente-Kapital. Und dazu ist jetzt noch gekommen als dritte Last die

vielfache Milliardensumme für die neue Kapitalbildung.

die die Hindenburg, Luther, Schlieben den deutschen Kapitalisten und Agrariern zu beschern sich vorgenommen haben. Auf 12 bis 13 Milliarden werden diese Steuerleistungen insgesamt geschätzt, so daß fast das dreifache der Vorkriegssteuer von den arbeitenden Massen aufgebracht werden muß.

Das ist monarchistische Bürgerblodpolitik!

12 Milliarden Einkommensteuer, die auch vom Lohn abgezogen werden,

12 Milliarden Umsatzsteuer, die ihr durch Preiserschöbungen bezahlt,

12 Milliarden Hauszinssteuer, was Verdoppelung der Miete bedeutet,

12 Milliarden Verbrauchsteuern auf Bier, Tabak, Zucker, Salz usw. und

12 Milliarden Eisenbahnlasten, durch Fahrpreiserhöhungen aufgebracht.

sowie mehrere Milliarden sogenannter Konsumsteuern der Länder und Gemeinden, die man auch ebenfalls durch Preiserschöbungen abknüpft, das sind die Massenbelastungen, die jetzt durch den Reichstag des Bürgerblods unter brutaler Vergewaltigung der Minderheit durchgedrückt werden sind.

Damit die arbeitenden Massen über diese ungeheuerliche Milliardenausplünderung nicht aufgefährt werden, deswegen wurde im Reichstag immer und immer wieder die Redezeit begrenzt und abgekürzt. Damit

die Bürgerblodparteien

für diesen Raubzug nicht Rede und Antwort stehen mußten, deswegen wagten sie nicht, in offener Reichstags-Sitzung das Wort zu nehmen. Um die einzige wirkliche Opposition, die die Massen zum Kampfe aufstufen könnte, zu schwächen und zu brechen, deswegen wurden unter deutschnationaler Führung wiederholt

kommunistische Abgeordnete mit Polizeigewalt aus dem Reichstag herausgeworfen.

Der Ruf: „Sie holen sich Hölle und Steuern mit Schuyp!“ ist zum Kennzeichen des jetzigen Milliarden-Steuertraubes der deutschen Bourgeoisie geworden.

Trotz Schuypfälle würde die unerhörte Steuerbelastung durch die Preissteigerungen nicht herabzubringen, wenn Deutschland für billige Einfuhr vom Weltmarkt offene Grenzen erhalten hätte. Um den arbeitenden Massen jede billige Einfuhr abzuschneiden, um ihnen gegenüber die für die neue Kapitalbildung erforderlichen und mit den Milliardensteuern herbeigeführten Preissteigerungen auf allen Gebieten wirklich durchsetzen zu können, deswegen und nur deswegen wurde

der neue lädenlose Zolltarif

geschaffen.

Nicht als Küffzug für Handelsvertragsverhandlungen braucht man den Wucherertarif — dieser Schwindel wird bald zerbrechen, sondern als imperialistisches Pressionsmittel. Als Waffe gegen die arbeitenden Massen, die durch eine neue Teuerungswelle ausgeplündert werden sollen, ist der sogenannte Zollschutz nötig.

Aber über diese Sicherung der

industriellen Preistreiberbereien

geht der Zolltarif noch weit hinaus durch die Vertteuerung der durch den Weltmarkt gar nicht bedrohten deutschen Agrarprodukte. Nur als schände Liebesgabe, nur als bare Zahlung für die agrarische Zustimmung zu den Industriesteuern, nur als Kundrud der Teilhaberschaft der Junker an der Bürgerblodregierung wurden

die ungeheuerlichen Lebensmittelpreise

beschlossen, für die es sogar vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft keinerlei Berechtigung gibt, gegen die sich deshalb mit aller Macht sogar die bürgerlich-kapitalistische Wissenschaft gewehrt hat. Aber Profit und Wucher spielen auf die Wissenschaft.

Zu den ausserordentlichen Milliarden-Steuerlasten wird den arbeitenden Massen mit einer Rücksichtslosigkeit, die ihresgleichen nicht kennt, durch die Agrarzölle eine

Vertteuerung der Lebensmittel um 2 Milliarden Mark

jährlich aufgebracht.

Die Belastung der Familien

durch diesen Wucherzolltarif schwankt in den Schätzungen der bürgerlichen Wissenschaftler

zwischen 150 und 200 Mark jährlich.

Diese Summe soll jede Familie über die Steuerlasten hinaus jährlich noch für die Vertteuerung der Lebensbedürfnisse durch den Zollwucher aufbringen. Unermesslicher Hunger und entsetzliche Entbehrungen für die werksäftigen Massen müssen die verhängnisvollen Wirkungen dieser wucherischen kapitalistischen Verleumdung

Die parlamentarischen Proteste.

die in den letzten Tagen und Wochen aus den Reihen der kommunistischen Fraktion im Reichstag gegen diese Ausplünderungen laut wurden, sind nur ein Symbol und ein Vorzeichen des Stimmes, der in den Massen ausbricht und, wenn sich die Wirkungen des Saß- und Steuerwuchers in voller Kraft zeigen werden.

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleinbauern!

Durft es, müht es soweit kommen, daß dieses Schandwert Geiz wurde, daß ihr diesen ungeheuerlichen Wirkungen hemmungslos ausgeliefert werdet? Nein und abetmals nein! Der Vorhof des Wahnsinns und der Agrarier, so fürchtbar er war, er konnte gebrochen werden, wenn sich die Arbeitermassen, vereint mit den Angestellten, Beamten und Kleinbauern in einheitlicher Front ihnen gegenübergestellt hätte.

Die kommunistische Partei

hat sich rechtzeitig und mit allem Nachdruck wegen der Herbeiführung dieser einheitlichen Kampffront an die gewerkschaftlichen Massenorganisationen, an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gewandt. Auf Grund

unseres Offenen Briefes

haben in hunderten von Betrieben, in hunderten von Gewerkschaftsversammlungen und in gewaltigen Demonstrationen sich die Arbeitermassen für den einheitlichen Kampf ausgesprochen; an die Führer des ADGB und der SPD. ergingen die Aufforderungen, diese gemeinsame Kampffront sofort herzustellen und

den anherparlamentarischen Kampf

gegen den neuen Ausbeuterfeldzug zu beginnen. Gerade in diesen Wochen hat und der englische Bergarbeiterkampf bewiesen, daß durch ein solches gemeinsames einheitliches Auftreten die härteste kapitalistische Regierung zum Nachgeben und Zurückweichen gezwungen werden kann. Die deutschen Gewerkschaftsführer haben nicht den beschleunigten Versuch gemacht, die Massen zu mobilisieren und den Massenkampf drohend der Bürgerblodregierung gegenüberzustellen.

Wie die ADGB-Führung sich auf papierne Erklärungen, lahmte Resolutionen, Bittgänge und Bittschreiben beschränkt hat, so beschränkte sich die SPD-Führung ausschließlich auf parlamentarische Reden. Sie hat nicht einmal die parlamentarischen Möglichkeiten einer hartnäckigen Opposition, die ihrer 130 Mann starken Fraktion in die Hände gegeben war, ausgenutzt. Ihre „legale Opposition“ des Hermann Wähler und Hilferding stinnte den Geist des Burgfriedens, der Arbeitgemeinschaft und der Koalitionsschmäh nach Ministerreisen. Da die SPD-Führung eine wirkliche, hartnäckige und Erfolg verprechende Opposition sogar im Parlament nicht wollte, so hat sie das offene Angebot der SPD-Fraktion zu gemeinsamer, schicksalloser Opposition gegen die Wucherzölle nicht einmal beantwortet. Sie wollte nicht vorwärts gedrängt werden. Sie wollte, daß die Kommunisten sich nicht beschränken würden auf den selbstverständlichen Protest der Nichtbeteiligung an den entsetzlichen Bestimmungen, wodurch den Bürgerblodparteien die alleinige Verantwortung an dem Zollgezet aufgelegt werden sollte. Dieses

kampflöse Kundweihen der SPD-Führung und der

ADGB-Bürokratie

zwingt jetzt die Arbeitermassen, den Abwehrkampf und den Kampf gegen die ungeheuerlichen Wucherungen der Steuern und Zölle von unten auf zu organisieren. Der Gehalt der Einheit und des einheitlichen Kampfes hat die Massen gepackt.

Einheitskomitees für gemeinsame proletarische Aktionen

müssen aus den Betrieben, aus den Gewerkschaften heraus entstehen, um die Massen zum Widerstand gegen Steuerraub und Zollwucher aufzurufen.

Die SPD. wird die mit zwingender Notwendigkeit ausbrechenden großen Wirtschaftskämpfe der kommenden Monate mit allen Kräften unterstützen, sie wird, wie sie im Parlament rücksichtslos auftritt und Widerstand leistet, auch draußen den Massen Ansporn und Wegweiserin sein.

Heraus zum Massenprotest!

Nehmt Stellung in den Betrieben!

Rücksichtslose Lohnkämpfe müssen entbrennen!

Gewerkschaftseinheit ist die Voraussetzung!

Schafft Einheitskomitees!

Vorwärts zu gemeinsamen proletarischen Aktionen!

Nach dieser Erklärung an die arbeitenden Massen lassen wir Sie, da wir die Verantwortung für das Zustandekommen dieses Wucherzuges nicht mit tragen wollen, da wir Sie ihnen allein überlassen wollen, bei der Schlußbestimmung allein, bei diesem Verbrechen mit Hilfe allein. (Draus bei den Kommunisten und Kundrud: Rieder mit den Wucherzöllen! Rieder mit dem Bürgerblod! Rieder mit der monarchistischen Regierung! Schaffet Selbst bei den Kommunisten. — Glücke bei den Betreuen.)

Rüstet zur Presse-Werbewoche vom 20. bis 31. August

Ostern

Heraus mit Langzuck!

Die deutsche Arbeiterklasse hat spontan Protest gegen die niederträchtige Mundstochung der polnischen Arbeiterklasse durch die Verhaftung und den Prozeß gegen den kommunistischen Abgeordneten Langzuck erhoben. Bereits gingen seitens der Organisation „rote Hilfe“ von Ostschlesien 3 Telegramme an die hies. Stellen. Nunmehr haben auch die Frontkämpfer von Birna dazu Stellung genommen. Einmütig wurde folgender Brief beschlossen:

Birna a. Elbe, den 7. August 1925.

An die Regierung des Freistaates Polen
i. S. des Polnischen Konsulats
Berlin.

Die am 5. August 1925 stattgefundene Mitgliederversammlung des Roten Frontkämpferbundes, Ortsgruppe Groß-Pirna, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem beginnenden Prozeß der polnischen Justiz gegen den Führer der revolutionären Arbeiterklasse Polens. Sie protestiert und warnt vor einer Mundstochung des Arbeiterführers Langzuck und fordert seine sofortige Freilassung. Die Versammlung spricht weiter ihre mächtige Sympathie für den Befreiungskampf der polnischen Arbeiter und Bauern aus.

Heraus mit den politischen Gefangenen aller Länder!
Heraus mit Langzuck!
Es lebe der Befreiungskampf des Proletariats.

Roten Frontkämpferbund,
Ortsgruppe Groß-Pirna.

Krach um Zeigner

Die Telunion, von den rechten Sozialdemokraten informiert, verbreitet folgende Meldung:

Dresden. Während die Linkssozialisten, die demnächst die Entlassung Zeigners aus dem Gefängnis zur Entfaltung eines großen Nummern auszuüben gedenken und Zeigner als „Räzener“ durch das Land führen wollen, wird, wie die „R. R. A.“ melden, von den Rechtssozialisten darauf hingearbeitet, daß Zeigners Parteiverrat, indem er Mitteilungen von intimen Parteiorganen an einen bürgerlichen Journalisten unter einem geheimen Deckwort weitergab, noch Gegenstand einer Untersuchung vor den zuständigen Parteinstanzen wird. Der Parteiverrat wurde bekanntlich in einer Gerichtsverhandlung des Redakteurs Grönich von der „Dresdner Volkszeitung“ gegen den Herausgeber des Telunion-Sachdienstes durch einen Zeugen unter Eid festgestellt. Es ist zu erwarten, daß der Parteiverrat Zeigners sowohl den Reichsparteitag der SPD, wie auch den schlesischen Landesparteitag beschäftigen wird.

Gleich und gleich gefeilt sich gern

Berlin. Der Dr. E. meldet, daß sich Justizminister Sanger mit der Landtagsabgeordneten Fräulein Studientrat Dr. Doris Herzog verlobt habe. Auf den Nachwuchs der Ehe dieser politischen Schornmaier kann man gespannt sein.

Verbandskongreß

des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands vom 15. bis 18. Oktober 1925

Das J. K. hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Verbandskongreß des Kommunistischen Jugendverbandes für den 15., 16., 17. und 18. Oktober 1925 nach Geta (Löhningen) einzuberufen.

Am 15. Oktober wird die Reichskonferenz und die Plenargenrale tagen. Am 16. und 17. wird der Kongreß stattfinden. Den Schluß der Tagung wird ein Roter mitteldeutscher Jugendtag bilden, zu dem die anderen Rote Jugendorganisationen entsenden sollen. Die Tagesordnung des Kongresses ist folgende:

1. Politische Lage und Aufgaben der Partei.
2. Bericht des Zentralkomitees.
3. Lage der Sowjetunion und die Arbeiten der R. K. J. V. (wird in öffentlicher Sitzung behandelt).
4. Lage und Aufgaben des Verbandes.
5. Andere wirtschaftlich-gewerkschaftliche Arbeit.
6. Wahl der Zentrale.
7. Anträge und Verschiedenes.

Alle Anträge sind bis zum 1. Oktober einzureichen. Während des Kongresses tagen folgende Sektionen:

1. Organisations-Sektion.
2. Gewerkschafts-Sektion.
3. Agitprop-Sektion.

Anweisung über Delegationsmodus erhalten die Bezirke durch das J. K.

Der Rote Jungsturm ist zur Teilnahme eingeladen.
Berlin, im August 1925.

Zentral-Komitee
des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Jugendzentrale).

Die „kommunistische“ Kindervergiftung

Unter dieser Überschrift brachte am 6. August die Abendausgabe des „Dresdner Anzeigers“ einen Artikel, der auf die Anfrage der bürgerlichen Parteien an das Volksbildungsministerium hinweist, in der die Aufforderung enthalten ist, den Jung-Spartakus-Bund zu verbieten.

Der Artikelschreiber, der über in der 27. Volksschule zu suchen ist, wünscht daselbst auch dringend. Die Pioniere des Jung-Spartakus-Bundes haben dadurch die Gewißheit, daß ihre Schulzellenarbeit doch dem größten Teil der Lehrerschaft auf den Nägeln brennt. Man kann es einem solchen Lehrer ganz gut nachfühlen, welche tonische Figur er in seiner Klasse abgibt, wenn einige Pioniere unter ihren Schultaschen aufstrebend stehen, die unter Mitglieder des Jung-Spartakus-Bundes mit ihren Schultaschen distanzieren, denn sämtliche Lehrbücher und Methoden müßten einer zientlichen Kritik unterzogen werden. Des Schreiders bringt dann den ersten Teil der beiden Flugblätter, die nach seiner Meinung vor kurzem verteilt worden sind, in Wirklichkeit war es zum Teil die letzte Woche im Februar und die erste Woche im März anläßlich der Schulkampagne des Jung-Spartakus-Bundes. Und bestimmt ist anzunehmen, wenn die Anfrage an das Volksbildungsministerium nicht gewesen wäre, die Erinnerung an die Flugblätter ganz seinen Gedächtnisse entwandenen wäre. Wenn man diese Flugblätter sichtet, um Stimmung gegen den Jung-Spartakus-Bund zu machen, dann muß man aber alles bringen und nicht die Schlüsse weglassen. Auf dem Flugblatt stehen die Forderungen des J. K.

1. Einhaltung des Verbotes der Prügelstrafe.
2. Berechtigung freier Lehr- und Lernmittel.

Was kommt?
„Hochachtung einen Unterricht, wie ihn „Arbeiterkinder“ brauchen. Es wie es uns Ruhland zeigt. Was dort ist man bis jetzt dazu übergegangen, Menschen zu erziehen. Preis und aufrechte Menschen für eine bessere Zukunft.“
Das ist die Zusammenfassung des einen Flugblattes, und hier ist, wenn Arbeiterkinder klargestellt und einträglich den Augen geföhrt wird, wie und was eine Schule in Sowjetrußland ist, vielleicht werden auch einen Teil davon die Arbeiterdelegationen in ihren Berichten bringen, dann werden auch alle Kinder sich mehr und mehr für den J. K. interessieren, und alles Realitäten in den Schulen wird immer unmöglicher werden.

Das zweite Flugblatt, welches auch den Grund zu einer Verteidigungsklage der Lehrerschaft gegen einen Funktionär des J. K. gab: Hier wird sich ja zeigen, wie nützlich schwarze Bücher sind, und mancher Lehrer würde erschauern, wenn er in diesem Spiegel sein Gesicht sieht. Berichte über Prügel trotz Verbotes und Schikanierung der Kinder, manchmal

von der halben Klasse zum Beweise unterschrieben. Eine erdrückende Fülle von Beweisen, aus den ganzen Bezirken zusammengetragen, wie man mit allen Mitteln versucht, Klaven für den Kapitalismus großzuzüchten, ohne daß man sich als Pädagoge Gewissenblisse macht. Warum behandelt man die Kinder in höheren Schulen anders, ohne Prügelstrafe und mit anderen Lehrmethoden? Auch hier wird den Kindern schon der Unterschied plausibel gemacht. Hier Ausbeuter, hier Ausgebeutete. Der J. K. wird immer das Gegengewicht sein, wenn man in den Schulen für Pfadfinder- und Hakenkreuzler-Organisationen wird und versucht, einen bürgerlich-militärischen Geist unter Proletariatskinder zu bringen. So werden wir werden für den Jung-Spartakus-Bund, als der einzigen Arbeiterkinderorganisation, ebenso wird der Jung-Spartakus-Bund protestieren im Turnunterricht und außerdem wirken gegen Reichswehrpionier. Hier soll uns Spartakus, der vor 2000 Jahren lebte, als lebendes Beispiel vorangehen, genau wie er große Massen von sich scharte gegen ihre römischen Unterdrücker, das könnte auch einmal Arbeiterkinder in der alten Geschichte vom Lehrer erzählt werden.

Genau wie Spartakus werden es unsere jungen Pioniere tun,
um allen zu zeigen, daß nur der enge Zusammenhalt aller Werktätigen ke vom Joch der Unterdrückung befreien kann. Das ist die Einsicht des zweiten Flugblattes. Weiter wird gedruckt, daß voriges Jahr auf dem ersten Reichskongreß der kommunistischen Jugendgruppen, in Wirklichkeit war es nämlich der dritte Kongreß, eine Entschließung angenommen wurde:

„Wir brauchen keine Schulen, wir legen der Schule den härtesten Kampf an.“
Es meina Worte, aber so viel Bildung. Niemand in der ganzen kommunistischen Bewegung wird so etwas nur einmal gedacht.

Hast du der Roten Hilfe dein Scherlein schon gegeben?

viel weniger gelagt haben. Hier sieht man die Einfachheit des Artikelschreibers. Im Gegenteil, wir verlangen noch viel mehr Schulen.

1. Weil weniger Kinder in einer Klasse viel besser unterrichtet werden können, als 40 und mehr. 2. Es ist ein großer Mangel an jungen Lehrkräften, die bis zu einem bestimmten Grade auch eine andere Richtung in ihren Lehrentwürfen einschlagen würden, die diesen liegen Beach und mühen sich kümmerlich durchzuschlagen.

Den härtesten Kampf aber wird der Jung-Spartakus-Bund führen gegen die Schulen, in denen geprügelt wird, gegen die Lehrer, die nie verstehen werden, daß man mit Arbeiterkinder sich anders unterhalten muß als mit Kindern des leichten Bürgertums, und daß das unterdrückte und unterernährte Kind der Volksschule auch ein Anrecht hat, sich durchlesen zu können, und nicht bloß dazu da ist, ein billiges Ausbeutungsobjekt abzugeben und in Gehirnschule schwärzen.

Kein! Start und mächtig soll die proletarische Jugend herauskommen, hemmt und höher dem Ziele zutreffend, den Weichen Sowjetrußland schon seit 1917 geht, den Aufbau der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung. Südbauern, Heuen und Thüringen geben uns täglich Beispiele, wie gut der Jung-Spartakus-Bund trotz der dort bestehenden Verbote arbeitet, wie er nicht unterzugehen ist, sondern größer und größer wird.

Darum, Arbeiterkinder, Genossen, hinein mit euren Kindern in den Jung-Spartakus-Bund!
Trotz alledem!

Königsbrück

Arbeiterportier Königsbrück, vor die Front!

Am 16. August findet in Hermsdorf die Turnhallenweihede statt. Es ist dies für die Heidegruppe eine besonders wichtige Veranstaltung, ist doch die Turnhalle das erste Heim, das die Arbeiterklasse der Heidegruppe aus eigener Kraft geschaffen hat. Trotz der größten Schelte des Bürgertums ist es gelungen, das Werk zu vollenden. Jetzt gilt es, die Einweihung mit einer wichtigen Demonstration zu verbinden, um den Gegnern zu zeigen, daß die Arbeiterklasse geschlossen ihren Feinden gegenübersteht. In euer Arbeiterportier, liegt es, diese Veranstaltung zu einer gewaltigen Demonstration der gelovten Arbeiterklasse zu machen. Werbt in jedem Betriebe, agitiert überall, wo ihr mit Proleten zusammenkommt, für Hermsdorf! Am 16. August das rote Banner als Zeichen des Klassenkampfes und des Fortschritts im Winde flattern. Schließt die Reihen, und der Sieg ist unser.

Königsbrück fährt mit dem Zug 12.10 nach Ottendorf, dabei selbst Stellen zum Festzug. Daran zu beteiligen haben sich alle Turngenossen, die Kindergruppe, Partei und Gewerkschaften. Frei-Heil! Franz Mühlbauer, 1. Vorl.

Birna

Die Polizei prügelt weiter.

Birna. Seit mir in Birna das ruhmreiche Jahr 1923 mit dem Reichswehrministeriale eilebt haben, seit der Zeit, wo der Rot einmütig einen Protest gegen den Einmarsch in die Welt hinausstelegte und wir feststellten konnten, daß der Rot gar nicht so unmissig dem Einmarsch gewogen ist, sondern bereits einen Tag oder zwei vorher der Reichswehr Quantiere anwes, genau seit dieser Zeit, wo zwei Arbeiter auf dem Vorplatz vom Marktplatz ihr Leben aushauchen mußten, ist festzustellen, daß man die Methoden der Reichswehr unserer hiesigen „Schulmonarchen“ zu übertragen begann. Wiederholt konnten wir von Exzellenz, die von der Polizei heraufgeschworen wurden, berichten. Aber so wie in der wilhelmianischen Zeit eine Schulmanns-Anlage mehr zählte als sechs Eide von Pionieren, besonders wenn es Arbeiter waren, sind auch heute noch die Regeln. Trotz aller Kritik hat sich bis heute noch nichts geändert. Nichts ist zu beschaffen und zu hören, was mit den Prügel-Schulreuten auf der Wache im Obdankhof und auf der Straße geschehen ist. Im Gegenteil, bereits am letzten Freitag haben wieder

einige „Schulmänner“ ihren Gummifüßel in Spielern lassen, daß sogar „ganzliche“ und über von Herrn Dr. Teufel im Stadtteil Capry geleitet werden mußte. Die mannbaren Schulmänner wollten das aber abbrechen und nicht zu ihrer Handlung führen, da müßten ihnen noch einige Angewandten ihr Gedächtnis klären.

Herr Oberbürgermeister Gehrig, mit danken Ihnen, wie Sie Herr Schirmer gebauft haben für die Wiederherstellung des „guten Rufes“ unserer Stadt Birna. Sie werden bald als der unparteiliche Beamte der Stadt Birna den Ruf einer Begeisterung verdienen. Nur so weiter und die Kommunisten werden bald die Sorge um den guten Ruf übernehmen können.

Kaufmarck der Roten Frontkämpfer in Berggießhübel und Ottendorf.
(Arbeiterkorrespondenz.)

Die Roten Frontkämpfer der Ortsgruppe Birna marschierten am Sonntag, den 2. August, früh 6 Uhr nach Berggießhübel. Dort sollte eine Gründungsversammlung stattfinden, die von der Ortsgruppe Berggießhübel einberufen war. Die musterhafte Ordnung, in der die Roten Frontkämpfer durch Kottmarnsdorf, Neundorf, Langenhennersdorf nach Berggießhübel zogen, erregte allgemeines Aufsehen. Punkt 9 Uhr, als die Gassen zur Kirche liefen, erklangen auf einmal revolutionäre Rieder in den Straßen der Stadt. Die Arbeiterklasse bewunderte den guten Kaufmarck der Roten Frontkämpfer. 9.30 Uhr wurde die Versammlung im „Goldenen Stern“ vom Kam. Kohnstodt eröffnet. Er wies auf die Entstehung des Roten Frontkämpferbundes hin und betonte die Notwendigkeit der Stärkung des J. K. Dann sprach Kam. Ehrlich über die Arbeit des J. K. im Dienste der Revolution. Er wies in treffenden Worten auf das verbrochenen Verhalten der SPD in ihrer Schutztruppe Schwarz-rot-gold hin. Unsere Aufgabe ist es, die proletarischen Schichten des Reichsbanners zu überzeugen und sie zurückzuführen zur roten Armee des Proletariats. Er sprach weiter über die neue Gefahr eines imperialistischen Krieges gegen Sowjetrußland und schloß mit den Worten: Es lebe der J. K., die Sturmtruppe der Revolution! Es lebe die einzige revolutionäre Partei, die J. K. Es lebe der erste Arbeiterhaat der Welt, Sowjetrußland!

Nach Schluß der Versammlung formierte sich der verjüngte Zug, dem sich die Kaufmarckteilnehmer der Ortsgruppen Berggießhübel und Heidenau, sowie die Ortsgruppe Cotta anschlossen hatte, um nach Ottendorf zu marschieren und dort am dem Seite der Arbeiterportier teilzunehmen. In Ottendorf angekommen, zeigte sich, daß die Arbeiterportier mit durchweg die Beteiligung der Roten Frontkämpfer waren. Als sich die Festzug durch den Ort bewegte, zeigte sich die Roten Frontkämpfer als innige Freunde der Arbeiterpartei, die musterhafte Ordnung und die eiserne Disziplin erregten allgemeinen Beifall.

Nach dem Festzug sprach Kam. Ehrlich auf dem Festplatz den Arbeiterpartiern. Er bewies ihnen, daß die Roten Frontkämpfer nicht als „Störenfriede“ sich an den Kaufmarck beteiligen, sondern daß sie die Einheitsfront aller revolutionären Arbeiter unter dem roten Banner der Revolution zu haben. Die Roten Frontkämpfer verpflichteten sich, am Aufbau unserer Arbeiterpartei mitzuhelfen. Es läßt sich mit einem Hoch auf die rote Einheitsfront und die Arbeiterbewegung. Seine Worte fanden allgemeinen Beifall. Der Kaufmarck erfolgte ebenfalls in geistlichem Zustand. Die Frontkämpfer haben auch den anfangs feindlich gegenüberstehenden Sportlern bewiesen, daß auch für sie gilt:

Siehe in die rote Front!

Meißen

Meißen. (Antaren einer neuen Zeit.) Wir haben hier in der Felegschaft der Porzellanmanufaktur ein besonders eigentümliches Volkchen von Einwohnern. Für uns Arbeiter und anderen Branchen waren diese Menschen nicht zu sprechen. Sie waren Künstler, weiter braucht man wohl nichts zu sagen. Trotz der sozialistische Gedankenwelt blieb dem Volkchen ein Buch in sieben Siegeln. Sie lebten ein Leben für sich, und waren eigentlich auch gutbestellte Beamte oder besser: Schaffende der „Kulturwelt“. Aber so wie schon andere Berufsstände, die einen „arbeitslos-artistischen“ Charakter an sich hatten, vom Kapitalismus durch die Niederdrückung ihrer Lebenshaltung ins Proletariat gemorren wurden, und die Angehörigen der Berufsstände allmählich erkannten und sich den Ausgebeuteten anschließen, scheint auch jetzt bei den Porzellanern die Erkenntnis der Proletarisierung Platz zu greifen. Als ich am Freitag hinter einma solchen „alten Herrn“ daherrittete, konnte meine Ährebe keine Grenzen. Das Gespräch der beiden Animateure ging nicht mehr, wie ich's gewohnt war, neu, sie unterhielten sich mit Wirtschaftspragern und von der Notwendigkeit einer Reform ihrer Lage, die nur erreicht werde, wenn man mehr eine unabhöfliche Lohnaufbereiterung läme. Sie unterhielten sich von dem Niederkunft des Verfalls, von Herrn Direktor Pfeifer, der sich müßlich die Leute auf die Straße leue, und daß zu wünschen wäre, daß die zwei Gewerkschaften endlich einmal zusammengehen möchten, um die drohenden wirtschaftlichen Verhältnisse abzumehren. Nur mich war das der Rhythmus der neuen Zeit. Dem Kapitalismus sind selbst Traditionsen nicht mehr es im Interesse des Profits liegt. Die Porzellan-Volkchen sollen bald diese Signale der „neuen Zeit“ erkennen.
A. W. Arbeiterkorrespondenz.

Meißen. (Katabolmeri-Zielnahme.) Es ist über lange her, 25 Jahre, seit ich nicht mehr an das Jakobswort gedacht habe. Ich hätte auch nicht geglaubt, wieder nach hier zu auch nach dem Jakobswort zu kommen. Jetzt bin ich wieder da und es lei gleich von nordherin gelang, das Jakobswort ist das selbst geblieben, ein Eldorado für Kapitalisten. Mit den raffiniertesten Mitteln sucht man die Arbeiter, denandus die Arbeiter für den Profit einzulapnen. Es wird in logenommen Kolonnen gearbeiteit, da wird ein jeder sein und seiner Kollegen Antreiber. Nicht nur, daß einer den anderen überfügen möchte, auch wenn ein Kollege mal lang hangen läßt, gibt's Unfrieden, und die Verwaltung zur Heilung der Dividenden braucht sich gar keine Sorgen zu machen, daß die Arbeiterklasse eine gemeinsame Front bildet gegen sie. Aber auch in unserer Beziehung ist es noch wie früher, jeder hiel bei seiner Arbeitsstelle „am“ und verzehrte sich Margarinebrot. Auch heute gibt es noch keinen Speiselaal. Jeder Arbeiter, inmeit er an der Maschine oder Bank steht, hat seinen Platz gleich bei der Arbeit. Zeit ist Geld und es wäre Zeitverwässerung, wenn die Arbeiter erst in einen Speiselaal zum Essen gingen, und was schlimmer, sie lernten sich schließlic besser kennen. Warum braucht übrigens ein Arbeiter einen Speiselaal, wenn schon die Herren Direktoren und Aktionäre ihre Wahlzeiten in einem Speisezimmer mit vielen dekorativen Ausstattungen einnehmen. Alles trägt der Betrieb nicht. Es wird auch für das Jakobswort Zeit, daß sich mehr als bisher die „Arbeiterinnern“ vernehmen läßt, damit auch hier bald eine einheitsliche proletarische Front errichtet wird, die für die Felegschaft menschenwürdige Zustände herbeiföhrt.
A. W. Arbeiterkorrespondenz.

Parteiangelegenheiten

Einmütiger Beschluß des Reichsparteitags.
Der Ausschuß von Schurig-Dresden, Wolf-Weikeritzthal, Schwinger (Wohnort unbekannt) wird beauftragt.
Bezirksleitung Ostschlesien.

Heidenau für die Beschluß.

In der am 4. August stattgefundenen AG-Mitgliederversammlung wurde vom Gen. Kuneser über den Parteitag Bericht erstattet. In der darauffolgenden Diskussion wurde der Wunsch geäußert, bei der Parteierstattung hauptsächlich die Frage der zukünftigen Parteierstattung zu behandeln. Die einstimmig angenommene Resolution bringt zum Ausdruck, daß die Genossen geschlossen zur Zentrale stehen und die gelakten Beschlüsse des 10. Parteitags in Gemeinschaft mit der Bezirksleitung in die Tat umzusetzen gewillt sind.



Die Traditionscompagnie

Kurz vor 12 Uhr trat der Reichspräsident, gefolgt von General Seidl, aus dem Reichstag und nahm die Parade über die Traditionscompagnie ab. Er befasste sich hier eingehend mit Richtung und Haltung der Soldaten, an denen er mit dem General Seidl langsam und streng kritisch prüfend vorbeifuhr.

„Vorwärts“, Abendausgabe 11. August.

Bei Philipp Scheidemann macht er halt: „Wie alt?“ „Jünglich gemerkt! Ich darf wohl bitten, Excellenz kennen mich von den Kriegstrettern!“

Konstanz mit dem vergrüneten Bude! Was ist ein ordentliches Mädel, His Ex vorbeifuhr aus Tradition: „No, auch mit noch dem Dien, mein Sohn?“

Für jeden hatte Ex ein fröhlich Wort. „Nehmen Sie Fühlung, Weis, und Erlijien dort. Na dem ging mir ein Dekorationsmaler verloren: Der Kerl trägt ja das Haar nicht gekrönt!“

Konstanz bekam einen Klaps vor den Bauch: „No Sultan, Sie auch?“ „Jawohl, Excellenz! Es wäre ein Sohn, Mir verdanken Sie ja Ihre Tradition!“

Seite 01.

Schwarz-Rot-Gold feiert die Verfassung

(Von Arbeiterkorrespondenten Sch.)

Zu einem Aufzuge am Dienstag, den 11. August 1925, hatte sich das „Reichsbanner“ Schwarz-Rot-Gold in Dresden zusammengeschlossen, um die Arbeiter vor der Stärke des „Reichsbanners“ zu überzeugen. Viele Neugierige waren in den Straßen, um sich den Tummel anzusehen. So viel Neugierige es waren, so wenig waren es Teilnehmer am Aufzuge selbst. Gegen 8 Uhr marschierte ein Zug unter den Klängen „Stimmt an mit hellem hohem Klang“ die Bürgerweie herauf, um dann nach einigen Hornisten-Märschen in das Viertel der Spießbürger und der Bourgeoisie weiter zu marschieren. Die Musik spielte wieder „Ich halt' einen Kameraden“. Etwas nach 9 Uhr beendete der Zug mit brennenden Fackeln von der Bürgerweie durch die beabsichtigten Straßen nach der Hindenburgstraße.

Erfreulich war die Beteiligung, denn sage und schreibe kaum 1500 Mann waren vertreten, um die Verfassung zu feiern. Die Neugierigen können ja nicht gezählt werden, denn diese waren nicht mit dieser Aufmachung einverstanden, wie sie ja überhaupt mit der Taktik der Sozialdemokraten nicht einverstanden waren, was man aus den sich entzündenden Diskussionen entnehmen konnte. Bemerkenswert ist aber, daß sich der Zug nicht durch die Arbeiterweie bewegte, sondern sich so gut wie möglich davon entfernte. Ich glaube, die Polizei hätten die Reichsbanner-Männer nicht vertragen. Unterhalb der Hindenburgstraße, in der Höhe der Albertstraße marschierte das Reichsbanner auf, um dort die Fackeln niederzulegen. Nachdem sich der Zug gruppiert hatte, blies die Musik den letzten Vers des „Deutschland, Deutschland über alles“.

Interessant war die Ansprache zu hören. Nichts vom Klassenkampf, nichts von Revolution, aber viel von Frieden, Einigkeit und Recht und Freiheit. Die Rede begann: Schwarz ist das Pulver, rot ist das Blut und golden ist die Flamme, die uns den Weg leuchten soll, den wir gehen. Nach der Ansprache sang man das Reichsbannerlied, die Fackeln wurden zusammengeworfen und kurz darauf nach abgemacht. Nach der Ansicht des Redners sollten die Flammen den Hof verbrennen, aber wenn Flammen schlagen hoch und meistens rauchte dieser Haufen von brennenden Fackeln. Ich glaube, daß der Hof darin nicht verbrannte, sich im Gegenteil mehr festigte, nämlich der Hof der Arbeiter gegen die verruchte kapitalistische Gesellschaft.

Der Redner hatte recht, wenn er sagte, Schwarz ist das Pulver, rot ist das Blut und golden ist die Flamme. Denn mit diesem Pulver schoß man 1918/19 auf revolutionäre Arbeiter, verzog deren Blut in den Straßen Berlins, und koste es die goldene Flamme der Revolution in dem Blute der Arbeiter und dem schwarzen Pulver der weißen Garden. In dieser Zeit richtete Koste mit seinen Schergen die Verfassung auf; es ist eine blutige Verfassung. Tausende von Arbeitern ließen ihr Leben für die Revolution, sie wollten die Wurzel des Kapitalismus vernichten. Aber diesen Weg gingen die Sozialdemokraten nicht mit, sie blieben die Schergen und Vassallen der Bourgeoisie.

Das ist die Verfassung, die am Dienstag das „Reichsbanner“ feierte. Die Arbeiter in den Betrieben aber

wissen, daß diese Verfassung nicht ihre Verfassung ist. Die Verfassung der Arbeiter wird sich die deutsche Arbeiterklasse selbst schaffen.

Dresdner Volkshor. Das wegen Hochwasser verschobene Strandfest findet kommenden Freitag und Sonnabend statt. **Sonntagsfahrten.** Von jetzt an werden Sonntagsfahrten auch zu den Jagen 1925 ab Dresden (Sauptst.) 12 Uhr 10 Min. und 1925 ab Reichen 12 Uhr 25 Min. ausgegeben. Ferner wird Zug 802 ab Langenbrühl (ab 12 Uhr 7 Min.) bis Dresden (Hbf.) zur Benutzung von Sonntagsfahrten freigegeben.

Fluglinienverkehr. Bei vielen Reisenden bestehen Zweifel für welche D-Jüge ab Dresden-Hauptbahnhof Flugsarten zu erhalten sind. Es sind dies folgende: D 121 ab 1.35 nachts nach Görlitz-Breslau, D 144 ab 7.16 vorm. nach Leipzig-Hannover-Köln, D 196 ab 7.30 vorm. nach Berlin-Kahleberg, D 119 ab 8.45 vorm. nach Görlitz-Breslau, D 123 ab 11.22 vorm. nach Görlitz-Breslau, D 84 ab 1.35 nachts nach Leipzig-Damberg-Altous, D 138 ab 7.04 abends nach Leipzig-Hannover-Holland, D 202 ab 8.00 abends nach Leipzig-Frankfurt a. Main-Balef.

Für die Schnezüge nach Richtung Hof-München und Hof-Rosenberg werden keine Flugsarten ausgegeben. Die Gebühr für Vermerkungen von Plänen beträgt für 1. Klasse 2 Mk., 2. Klasse 1 Mk. und für 3. Klasse 50 Pf. Die Ausgabe von Plänen beginnt drei Tage vor dem Reisetage und endet drei Stunden vor Abgang. Die Karten werden verkauft in den Mitteleuropäischen Reisebüros, dem Dresdner Verkehrsverein, Hauptbahnhof, Ostbau, Reise- und Verkehrsverein, Reisebüro am Hauptbahnhof, Ostbau, Reise- und Verkehrsverein, Reisebüro am Hauptbahnhof, Ostbau.

Staatliche Kraftwagenlinien. Am 10. August 1925 wird die staatliche Kraftwagenlinie Freiberg-Oberbau in Betrieb genommen. Die Inbetriebnahme stellt eine Verwirklichung des bereits seit langem bestehenden Wunsches nach einer schnelleren Verbindung des oberen Erzgebirges mit Freiberg bzw. Dresden dar. Der Fahrplan dieser Linie hebt vier tägliche Doppelstunden vor, die in Freiberg sämtlich Anschluss an die nach Dresden und Chemnitz verkehrenden Jüge erhalten. Der Fahrplan ist in der zweiten Auflage des Sommerfahrplans der staatlichen Kraftwagenlinien enthalten und wird kostenlos durch die Staatliche Kraftwagenverwaltung, sowie durch die Auspoststellen der Reichsbahn, oder durch die Verkehrsburous abgegeben. Auskunft erteilt bereitwillig die Staatl. Kraftwagenverwaltung Dresden, Münchner Straße 1b, Fernspr. 41011.

Die Tätigkeit der Feuerwehre. Die Feuerwehre wurde am Dienstag 2.30 Uhr nach dem Jellischen Weg gerufen, wo es sich um einen Brand handelte. Zwei weitere Alarme landeten am 3.12 Uhr nach dem Reichsbahnhof Straße 105 und am Mittwoch 4.51 vorm. nach Saxonstraße 18. Im ersten Fall war ein 50jähriger Plattenleger, im zweiten eine 24jährige Chemikerin durch Einatmen von Leuchtgas verunglückt. Die mit dem Sauerstoffapparat angelegten Wiederbelebungsvorrichtungen im zweiten Falle nach 10 Minuten Erfolg, während im ersten die Feuerwehre nicht in Tätigkeit trat, da der Verunglückte sich wieder erholt hatte. Am Dienstag 7.38 Uhr nachm. waren Arnoldstraße 10 in einem im Hintergebäude gelegenen Fabrik-Grundstück die Decke, Balken, Fenster und Türen in Brand geraten. Das Feuer wurde mit einem Rohr unter Anwendung von Strohstücken gelöscht.

Auffindung einer Kindesleiche. Am Dienstag vormittag wurde am Elbufer in Vorstadt Fischmarkt hinter der hohleleichen Bohlenwand der unbekanntes Verbleib eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden.

VOM TAGE

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Der Hahndruck erdrückt. Leipzig, 12. August. Am Dienstag vormittag wurde im Grundstück Karlstraße 1 ein Monteur bei der Reparatur eines Fabrikhahns von diesem erdrückt. Der Verunglückte wurde von der Feuerwehre aus dem Fabrikhahndruck befreit.

Brand in einer chemischen Fabrik. (Hünf. Lat.) Wie das „Viesbadener Tageblatt“ meldet, entstand aus bisher unbekannter Ursache in der chemischen Fabrik Wundorf 1. Mauerberger in Döhlen bei Viesbaden, in der Nitrocellulose hergestellt werden, eine Explosion. Vier Frauen verbrannten, während der Fabrikant Wundorf mit schweren Brandwunden in das Krankenhaus eingeliefert wurde, wo er kurz darauf starb.

Durch die elektrische Leitung getötet. Thurm, 11. August. Am Sonnabend nachmittag war der 15jährige Sohn des Kaufmanns Paul Teichmann von Thurm unter den Trümmern der Fernleitung mit Arbeitssachen verunglückt. Ein Blitzschlag zertrümmerte die Leitungsbahn, der herabstürzte und auf Teichmann fiel. Teichmann wurde durch die elektrische Leitung sofort getötet.

Vom Flug erschlagen. Tharandt, 12. August. Im benachbarten Weichsel halle am Dienstag nachmittag ein Landmann sein Getreide vom Felde. Während er oben auf dem Wagon die Garben in Empfang nahm und seine Frau sie ihm von unten reichte, wurde er von einem Blitz aus heiterem Himmel erschlagen. Der Wagon mit Getreide hand sofort in Flammen. Der Frau gelang es, die Leiche ihres Mannes vom Wagon zu ziehen und sie dadurch vor dem Verbrennen zu retten, auch die Pferde vermochte sie durch schnelles Ausspannen derselben in Sicherheit zu bringen.

Autounfall. Leipzig, 12. August. Am Montag abend überfuhr sich an einer Kurve in Wachsen das Auto des Fabrikarbeiters Otto Heuer aus Leipzig-Wahren. Der Führer des Wagens, Hans Heuer, kam unter den Wogen zu liegen und war sofort tot, die mitfahrende Dame kam mit leichten Verletzungen davon.

Sturmverwundungen in Holland. Antwerpen, 12. Aug. Die verheerenden Folgen des geringen Wasserstandes im Oien Hollands lassen sich erst heute überleben. Seit 1874 hat sich in

Holland eine solche Wasserflut nicht ereignet. Der Wasserstand hat auf einer Strecke von 100 Kilometern sämtliche Legeteichungen zerstört. In den Straßen steht kein Wasser mehr. Eisenbahnen sind wie Holze umgestochen. Ganze Dörfer und Städte sind zerstört. Gegen 6 Uhr abends erreichte der Dampfer das Dorf Jansland, eine halbe Stunde später wurde der Dampfer durch 40 Kilometer Wasser. Die Dampfer, die etwa 5000 Einwohner zählt, wurde vollständig zerstört. Bisher sind 7 Tote und 200 Verwundete festgestellt. 2000 Menschen sind abgedrückt. Die beiden Kirchdörfer des Ortes wurden vom Sturm umgerissen. Die zerstörten Dörfer sind in der Umgebung großer Schäden an. Der Wasserstand und eine andere Kirche sind dem Erdbeben völlig gleichgemacht worden. Hilfsmannschaften und Regierungsbeamte konnten an die Anglische nicht eher herankommen, da auf weite Entfernungen die Wege durch umgestürzte Bäume versperrt waren. Die Telefonverbindungen mit Ostdeutschland sind auch heute noch zum größten Teil zerstört.

Erdbeben im Gebiete von Smyrna. Die Mütter melden aus Konstantinopel, daß Dinar und Demich (im Gebiete von Smyrna) Freitagmorgen und Sonnabendmorgen von drei heftigen Erdbeben heimgesucht wurden, durch die ein ganzes Dorf und zahlreiche Häuser und öffentliche Gebäude, darunter die Eisenbahnstation von Hamidia, zerstört wurden. Heftig Verletzte an Menschenleben liegen nach keine Nachrichten vor. Bei einem Erdbeben in Mexiko kürzte ein im Raum befindliches Gebäude ein, wodurch sechs Arbeiter getötet und mehrere verwundet wurden.

Die Ursache der D-Jugstakrophen. Berlin, 13. August. Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Regensburg ist das Jugungslied bei Weiden darauf zurückzuführen, daß der Schicksal sämtliche Warnungssignale überfahren hat. (Wir geben diese Mitteilung mit Vorbehalt wieder. D. Red.)

Wieder ein französischer Flieger über Mannheim. Mannheim, 12. August. Wie 1914 im August, so meldet jetzt wieder die bürgerliche Presse: Heute kreuzte ein französischer Flieger längere Zeit über der Oberstadt, und zwar so niedrig, daß der Flugzeug die Schornsteine berührte — Es scheint, man bereitet erneute Kriegsschritte vor!

Tuberkuloseerkrankungen in Hanau. Hanau, 12. August. Der Verdacht, daß die Tuberkuloseerkrankungen durch eine Infektion in der heiligen Kollaterale verursacht worden sind, hat sich bestätigt. Die Zahl der bisher Erkrankten beträgt 57 Personen.

Gelehrer. Würzen, 12. August. In der Nacht zum Dienstag brannten die Fabrikanlagen der Würzener Papierfabrik von Heinrich Beda bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Ursache des Brandes soll Selbstentzündung sein. Der Schaden wird auf etwa 700.000 Mark geschätzt.

Gelehrer. Weichenberg, 11. August. In der Nacht zum Sonntag löschte ein Schabeneuer sämtliche Stallungen und Scheunen des Reichsleiter-Behlers Schabene ein. Das Vieh konnte gerettet werden. Reiche Ernteverluste verbrannt.

Wichtig in ein Flugzeug. Aus Oslo wird berichtet: Während eines Beobachtungsfuges für das meteorologische Institut kurz vor dem Abflugflugplan stürzte ein Flugzeug, das vom Flug getroffen wurde, aus beträchtlicher Höhe ab. Die beiden Insassen waren sofort tot; das Flugzeug wurde völlig zertrümmert.

Wichtig. Tippoldiswalde, 12. Aug. Am Dienstag nachmittag schlug der Blitz in die Scheune des Wirtschaftsbefehlers Weidner in Oberhälsch ein. Die Scheune mit dem angrenzenden Schuppen brannte nieder.

Wichtig. Kamen, 11. August. Am Sonnabend nachmittag entluden sich über der hiesigen Gegend drei schwere, mit wolkenbruchartigem Regen verbundene Gewitter. In Gelsenau schlug der Blitz in die große weiße Scheune der Gutsherrin Alara Richter. Die mit der gelamten Roggenrisse bis unter das Dach gefüllte Scheune, in der auch große Kohlen- und Holzvorräte lagen, brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder.

Eine verhängnisvolle Automobilfahrt. unternahm der Chauffeur eines in Königsberg (Nipr.) wohnenden Kaufmanns, nachdem er seinen Chef nach Hause gefahren hatte, den Wunsch er seine auf dem Endheim wohnende Schwester und fuhr sie zu der dort dem Königstort wohnenden Mutter. Dort hat ihn ein bekannter Keilender, ihn nach Neuhäusen zu bringen. In dem dortigen „Krug“ wurde geschmückt und in der Nacht die Heimfahrt angetreten. In einer leichten, stark ausgefahrenen Kurve auf der Chaussee bei dem Dorfe Mandeln trat Kadrieherrmann ein, das Auto überdeckte sich unweil und beide Insassen flogen hinaus. Der Chauffeur war durch die Glasheibe geflohen und ihm ein großes Glasstück in die rechte Schläfe gedrungen; er war auf der Stelle tot; der zweite Insasse wurde ebenfalls lebensgefährlich verletzt.

Mordversuch. Chemnitz, 11. August. Am Sonnabend abend verfuhr ein hier wohnhafter 30 Jahre alter Müller seine Geliebte, eine 18jährige Aktivistin, mit her zusammenzuwürgen, mit einem Taschenmesser zu erschlagen. Die Kristin wehrte sich, doch wurde ihr die Wange geschnitten. Der Täter wurde festgenommen.

Die Tat eines Irrenklingen. Berlin, 12. August. Die Morgenblätter berichten aus Golpa bei Bitterfeld; Während keine Frau Einfluß befragte, ermügte aus bisher unbekanntem Grund der Arbeiter Schula sein fünfjähriges Kind und schlug ein anderes Kind im Alter von einem Jahre halbtot. Darauf erhänkte er sich. Zwei weitere Kinder im Alter von drei und vier Jahren waren bei der Tat Zeugen und blieben merkwürdigerweise verletzt.

Pilgerfahrt. Kohnstein, 11. August. Das jährliche Schützen des Landwirts Kurt Müller in Gaklau hatte beim Spiel mit anderen Kindern auf der Wiese Champanons rasch verzecht, darunter auch einen der bereits in Verwundung übergegangen war. Nach zweitägigen qualvollen Leiden verstarb der Kleine.

Aufhebung des Sichtermerzwanges. Dresden, 12. Aug. Aus Wien wird amtlich gemeldet: Die Abmachungen zwischen der österreichischen und deutschen Regierung über die Aufhebung des Sichtermerzwanges für die beiderseitigen Staatsangehörigen sind heute, am 12. August, in Kraft getreten.

wunderbar nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß sie ihr Empfangsgerät ohne Jollidwierigkeiten mit nach Ostpreußen einführen können, um auch im Urlaub am Randsbunt teilzunehmen zu können.

Rundfunk

Wöchentliche Sender Dresden und Leipzig (Welle 454). — Dresden (Welle 292).

Freitag, den 14. August.

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterverhältnisse Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Marien-Blonola. 12.30 Uhr: Neues Mittagsgespräch. 1 Uhr: Ferien und Freizeitsport. Leipziger Programm (Welle 454). 1.30 Uhr: Orchesterkonzert. (Die moderne Oper). Das Weipziger Touristen-Orchester. Dirigent: Wilhelm Heber. Dresden Programm (Welle 292). 4.30-6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Hauskapelle. 6.30-7 Uhr: Vorträge aus den Feuerberedungen auf dem Bädermarkt. 7-7.30 Uhr: Vortrag: Johs. Schneider. Die Grundbesitzungen des Einlebens. 7.30-8 Uhr: Vortrag: Dr. Hugo Gröbe. Väter des Judentums für Auslandsleute. Wanderungen durch Traupf-Sachsen. 8.15 Uhr: Kleine Künstlerkiste. Am Sonntag: Einmalig: Streichorchester. Künstlerkiste (ca. 9.30 Uhr). Vorträge und Jodelkiste. Sportfunkklub.

Zeitschriften

Konstitution

Von Adolf Glasbrenner.

Was ist eine Konstitution?

Konstitution ist, wenn einer eine Rede hält, der nichts zu sagen hat!

Zur neuen Schule

Unter diesem Titel ist von den deutschen Zentralbüros der Volkshilfsvereine von KGDN und UGDN, und von der Volkshilfskommission der Republik der Weimarer Republik der Volksblätter-Verlag des Bundes der ersten deutsche Zeitschrift herausgegeben worden.

Schon dieses über 100 Seiten starke Heft enthält eine Fülle von Material. Gerade auf dem Lande ist der Kampf um neue Formen und Inhalte der Erziehung ungeheuer durch Unwissenheit der Produktionskräfte, durch das schwer fassende kulturelle Erbe des Judentums, behindert. Aber die Volkshilfsvereine haben anderen, auch denen mit größter Entfaltung der Produktionskräfte — die politischen Voraussetzungen ihrer Entwicklung.

Diese Bedingung einer notwendigen und gesunden Erziehung der Jugend ist es, die die Frage des Schulproblems ganz anders gestellt hat, als sie in Westeuropa & B. noch von den

Schulreformern gestellt wird. „Die Volkshilfsvereine sind ein integrierender Teil der Volkswirtschaft. Andere Aufgaben, als die Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaues, hat sie nicht.“

Der sich über den Aufbau der Volkshilfsvereine orientieren will, findet hier Antwort auf viele Zweifel und Fragen. Aber diese Zeitschrift deutscher Kolonisten zeigt auch, wie in den Kolonialrepubliken eine Freiheit gegeben ist, die in der imperialistischen Staaten nicht einmal in ihrem Mutterland leisten können. Gelänge denn in den Kolonialländern ihrer „Kultur“, in den Kolonien.

Zugleich mit diesem Zeitschriften hat auch das Blatt der Jung-Kolonisten „Der Fortschritt“ das Licht der Welt erblickt. Das ist kein blinder Zufall. Der Lehrer offen kann die neue Schule nicht bauen. Nur mit den Händen der Kinder kann es so tun. Und man muß die Briefe der Jungkolonialisten und anderer Kinder aus allen Ländern und die Gebete und Bitten der Pioniere gelehen haben, um zu wissen, daß in den U.S.A. Lehrer und Kinder täglich am Werk sind, das Fundament der Volkswirtschaft, die Produktionskräfte heranzubilden und anzuführen den Produktionsaufgaben eines Arbeiters und Bauernkolonisten.

Folgendes unteren Jungkolonialisten und Kindergruppenleiter bei diese Zeitschrift empfohlen.

Rundfunk im Ausland

Leipzig und Kognenfurt wird es für eine Reihe von Tagen

Frankreich und das Saarabkommen

Das Saarabkommen ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich bei den Wirtschaftsverhandlungen jede Einzelheit der Außenpolitik der europäischen Staaten, jede Gruppierung, jede Strömung im Kleinen widerspiegelt. Selbstverständlich steht das Saarabkommen im engsten Zusammenhang mit den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Es zeigt das Übergewicht Frankreichs, besonders der französischen Schwerindustrie gegenüber Deutschland. Die deutsche Großindustrie muß sich auch bei den Wirtschaftsverhandlungen mit den Forderungen begnügen, die man ihr hinsichtlich der Entente Staaten für ihre Waren nach Deutschland die Meistbegünstigung fordern und auch durchsetzen, da ihnen der Damespakt dazu die Handhaben bietet, gehen sie planmäßig daran, die deutsche Konkurrenz in den von ihnen beherrschten Ländern auszuschalten. Das zeigt sich auch beim Abschluß des Saarabkommens.

Auf Grund des Friedensvertrages wurde das Saargebiet dem Völkerbunde, d. h. dem französischen Imperialismus unterstellt. Auch die 7 Hüttenwerke mit 30 Hochöfen und 35-40 000 Arbeiter sind bis zu 60 und 70 Prozent mit französischem Kapital durchsetzt und werden nach französischen Gesichtspunkten geleitet.

Es ist demnach kein Wunder, daß durch das Saarabkommen die Saarindustrie 800 000 Tonnen Eisenerzeugung der verschiedensten Art nach Deutschland einführen darf. Außerdem versucht Frankreich, durch das Saarabkommen die saarländische Ausfuhr mit der lothringischen zu verwickeln. Ferner hat man es französischerseits verstanden, die deutsche Ausfuhr nach der Saar nach Möglichkeit einzuschränken. Das ergibt sich in recht anschaulicher Weise bei den sogenannten „zusammengelebten Heilmitteln“, die zu den wenigen Waren gehören, die volle Zollfreiheit genießen. Von diesen Heilmitteln dürfen jährlich bis 600 000 Frs. aus Deutschland zollfrei nach der Saar eingeführt werden, während allein die saarländischen Krankenhäuser ungefähr das Zehnfache dieses Betrages an Heilmitteln gebrauchen. Für die Einfuhr deutscher Gegenstände nach der Saar hat Frankreich mit wenigen Ausnahmen die Güter des französischen Minimaltarifs, auf die eine Anzahl von Zöllen nach Ratschläge von 30-50 Prozent erhöht werden, festgelegt. Im Prinzip, wie in der Praxis, bleibt also die französische Zollgrenze gegenüber der deutschen Einfuhr nach der Saar bestehen und das Saargebiet wird somit bei der Deckung seines notwendigen Bedarfs von der deutschen Wirtschaft losgelöst.

Das Erstarren der französischen Eisenindustrie durch den Gewinn Elsass-Lothringens und die relative Erstarren seiner Militärmacht kommt bei dem Abschluß dieser Handelsverträge durch Vergrößerung seines Absatzes nach Deutschland bzw. auf dem Weltmarkt zum Ausdruck.

Durch das Saarabkommen kann die französische Schwerindustrie ihre wichtigsten Erzeugnisse nach dem deutschen Zollgebiet ungehindert und in den zugestandenen Kontingenten zollfrei einführen, ohne sich innerhalb des Rahmens dieser Kontingente Beschränkungen auferlegen zu müssen. Das bedeutet natürlich einen schweren Schlag für die deutsche Schwerindustrie im Ruhrgebiet. Wesentlich verstärkt wird diese gefährliche Lage dadurch, daß in dem Abkommen auch eine besondere privatwirtschaftliche Verbindung zwischen der Schwerindustrie Frankreichs (Lothringens) und dem Saargebiet vorgesehen ist. Die lothringische Eisenindustrie erhält von den Saarwerken für jede Tonne Eisen, die diese zollfrei nach Deutschland ausführen, eine Abgabe von 7 bis 8 W. Wenn also die Saarindustrie ihren Gesamtkontingent und dafür zugleich die erforderliche Abgabe an die lothringischen Werke zahlt, so

fließen diesen verschiedene Millionen Mark zu, mit deren Hilfe die lothringischen Werke bei ihrer direkten Ausfuhr nach Deutschland die Zollgrenzen ohne weiteres überschreiten, d. h. den deutschen Zollschutz völlig illusorisch machen können. Dadurch wird der Druck auf die Ruhrindustrie weiter verstärkt.

Diese Tatsachen zeigen, daß diese Handelsverträge und Abkommen nicht die internationale Konkurrenz ausschalten und eine Befriedung darstellen, wie es die Theoretiker der Sozialdemokratie den Arbeitern plausibel machen wollen, sondern neue Konfliktstoffe in sich bergen. Im Zeitalter des Imperialismus ist der Konkurrenzkampf nicht auszuschalten, er ist nur aus der Enge der Landesgrenzen hinausgetragen in die Weite des Weltmarktes. Er hat die einzelnen Regierungen zu Agenturen der Kapitalkonzerne und die Armeen und Flotten in Hilfstruppen der Industriebarone für den Kampf um die Ausbeutung des Erdballs verwanbelt.

Der Abschluß des Saarabkommens mit seinen günstigen Positionen für die französische Eisenindustrie vermindert das Interesse Frankreichs an dem Zukunftsabkommen des deutsch-französischen Handelsvertrages, da ein großer Teil seiner Wünsche erfüllt sind.

Wie gut Frankreich seine Interessen zu wahren versteht, beweist das Einfuhrverbot für deutsche Kohle. Die „Müne“ gibt als Begründung für das von der französischen Regierung erlassene Kohlenverbot an, die deutschen Zechen hätten den Verlust durch Angebot von deutscher Kohle auf dem freien französischen Markt, zu Breiten, die unter den getroffenen Vereinbarungen für Reparationszwecke liegen, den Damespakt zu durchbrechen. Die Einfuhr deutscher Kohle nach Frankreich würde ohne weiteres freigegeben, wenn die französischen Zechen sich verpflichten, den Preis für die auf dem freien Markt bezogene Kohle nicht direkt an den deutschen Lieferanten, sondern an die französische Regierung abzugeben, da diese Eingänge mit dem Transferkomitee verrechnet würden. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet dazu, daß tatsächlich von den deutschen Zechen in den letzten Wochen Ruhrkohle zum Preise von 19,50 W. die Tonne dem freien Handel in Frankreich angeboten und in großen Mengen umgesetzt werden, während der offizielle Preis, den die französische Regierung für Reparationszwecke zu zahlen hat, 24 W. beträgt.

Die Vordragenden dieser Zoll- und Handelsabkommen sind in erster Linie die Arbeiter diesseits und jenseits des Rheins. Im Ruhrgebiet wird ein Betrieb nach dem anderen stillgelegt und Tausende von Arbeitern liegen auf der Straße. In Frankreich verliert das Kapital durch Inflation, Lohnrück und Arbeitszeitverlängerung sich Extraprofite zu verschaffen. Auch im Saargebiet als französische Industriekolonie wirkt sich diese Politik in verheerender Form aus. Dafür legt nicht nur der Kampf der 7 000 Bergarbeiter Zeugnis ab, sondern auch die letzte Lohnregelung in der Hüttenindustrie, durch die die Hüttenarbeiter formell eine Lohnzulage von 8 Prozent, in Wirklichkeit aber nur 4 bis 5 Prozent erhalten, da die Unternehmer den Schiedsrichter von 8 Prozent nur auf die Tariflöhne anerkennen. Interessant ist der Postus, daß diese Lohnzulage nur beim Zukunftsabkommen des Saarabkommens gezahlt wird.

Die zunehmende nationale und internationale Antipathie bedeutet somit nicht einen allmählichen und friedlichen Übergang zum Sozialismus, sondern eine Verschärfung der Konkurrenz, der internationalen Konflikte und der Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Frankreichs zweiter Meiner Krieg

Die Schandenfreude der englischen Imperialisten über das neue französische Schicksal in Spanien ist sehr und groß. Natürlich, das englische Volk hat gut geschaut!

Darum überschreibt der „Manchester Guardian“ kürzlich einen Artikel „Frankreichs zweiter Meiner Krieg“. Die Widmung von Drukengeldern für den Kriegsspaß. Denn erzählt hat Blatt erzählt die ganze „Geschichte“ dieser Duelle, seit tausend Jahren“ und spricht von Karaman, Bismarck, und Karaman, um so nebenbei zu bemerken, daß das Hauptgebiet, das Hauptzentrum der Duelle, an Transjordanien grenzt und „so England herrscht“.

Im Vergleich mit Abd el Krims Krieg ist ja der Duellekrieg nur eine kleine Affäre. Aber es kommt Frankreich sehr ungelogen. „Zunächst bemerkt das Blatt, daß Frankreich seit den Kreuzzügen“ für seinen Ruhm sucht und wüfte in Spanien. „Dann geht ihm jetzt die Niederlage aus Vredige. Wie ernst diese Niederlage sein wird, ist nach nicht ganz klar. Aber möglicherweise wird sie ihre Auswirkungen haben auf die Politik der Militärischen in Marokko.“

Das heißt auf Deutsch, daß die Engländer den Franzosen das Hauptgebiet als „Kompensation“ für „Marokko“ abzugeben gebeten.

Marokko der Zantafel der Imperialisten

Endlich rückt Frankreich mit Friedensbedingungen herzu für Abd el Krim. Vornehm ignorieren sie die Tatsache, daß vorläufig die Killeute nicht bereit sind. Das Dilemma ist natürlich unannehmbar für Abd el Krim, dessen strategische Position ihn — von seinem Standpunkt aus — auch berechtigt, die unverdienten Forderungen der französischen Käufer von der Hand zu weisen.

Immerhin haben die vereinigten französisch-spanischen Imperialisten ihre Ziele damit auch vor Italien und England erfüllt. Schon protestiert die italienische Presse während dagegen, daß ohne Tadeln Italiens unter Bruch der früheren Ermahnungen eine Neuauflage des marokkanischen Ruhens vorgenommen werden soll. Aber auch die englische Presse erregt sich. „Daily Telegraph“ schreibt: Die Friedensbedingungen für Abd el Krim, nach den neuesten Nachrichten aus Paris, haben eine beträchtliche Erregung hervorgerufen in London und in den diplomatischen Kreisen verschiedener Länder. Sie würden solche Änderungen im politischen Verhältnis im Verhältnis an Territorium und an Küstengebiet, hauptsächlich von Tanger, mit sich bringen, daß sie von mehreren Garantemächten des Algieraterritoriums unmöglich ganz angenommen werden könnten, darunter Italien und Amerika, und ganz speziell Großbritannien. Es müßte also eine internationale Konferenz einberufen werden, um darüber zu diskutieren.

Die Unterhaltung des autonomen Küstengebietes unter einer Polizeimacht, also eine organisierte militärische Gewalt unter dem Kommando französischer Offiziere, widerspricht der Auffassung Italiens über das Gleichgewicht der Mächte im westlichen Mittelmeer und an seiner Einfahrt. Die Vergrößerung der heutigen Tanger-Zone und der dazu gehörigen Küstenlinie unter den heutigen Umständen, die Frankreich dort den Vorrang sichern, müßte ebenfalls von Italien bestritten werden.

Stillschließend einer Änderung im Besitzstand der Küstenlinie hat England stets erklärt, daß dies neutralitäts als lebenswichtige Frage betrachtet werde, weil die Neutralität der Küste eine Tradition und ein Prinzip britischer Außenpolitik sei.

Frankreich und Spanien werden dem Wunsche nach einer neuen „Marokkolösung“ nicht lange widerstehen können: Sankt würden ihre Gegner, vor allem Amerika, sehr unfreundliche Druckmittel anwenden. Auf einer solchen Konferenz; werden sie Haare lassen müssen, werden, was sie wirklich ertragen, was ihnen die anderen Käufer lassen, mit schmerzlichen „Kompensationen“ teuer bezahlen müssen. Sie werden am ihren Rand geprellt. Sogar vom französischen kapitalistisch-imperialistischen Standpunkt aus wird dieser neue Marokkotreue zu einem Anzeichen verheerenderen Maßnahmen.

Der schamlose Kuhhandel einer neuen Marokkolösung mit über dem letzten Bauern und Arbeiter Frankreichs die blutbedeckte Profitfrage seiner Kapitalistenklasse in ihrer ganzen Scheußlichkeit zeigen.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Neuzeit“, Ailische Dresden. — Verantw. Red.: Rudolf Renner, Dresden.

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair
Neubearbeitung

Illustrierte Übersetzung aus dem dem Autor nach dem Original...
Verlag 1924. Alle Rechte vorbehalten.

(61. Fortsetzung)

Ein Aufseher dirigierte die schwachen Verjuche von vierzig Angestellten und Bureauangenen, die sich bemühten, die Schweine für den Gefrierraum zu präparieren. Jurgis trat an den Aufseher heran und erklärte: „Ich nehme meine Arbeit auf, Herr Wurdpa.“

Des Aufsehers Gesicht erhellte sich. „Stavet Zurück. Kommen Sie!“

Jurgis jögerte noch einen Augenblick. „Ich glaube aber, ich müßte einen etwas höheren Lohn bekommen, jetzt wir drei Dollars am Tag.“ Er hatte beim Ausprechen der Zahl die Hände geballt, denn sein Mut wollte ihn verlassen. „Gut“, entgegnete der andere sofort, und als Jurgis gegen Abend erfuhr, die anderen erhielten fünf Dollars, hätte er sich am liebsten selbst Zutritte gegeben.

Auf diese Art ward Jurgis zu einem der neuen amerikanischen Helden, deren Tugenden himmelhoch getrieffen wurden. Freilich ein Held, der keineswegs unbeschützt den Gefahren entgegentrat, denn ein großer Teil der häßlichen Polizei gab die vergebliche Jagd auf Verbrecher auf und stellte sich in den Dienst der Selben. Streiter und Polizei hatten ein Interesse daran, daß es zu keinen Zusammenstößen komme, doch gab es eine Nacht, der gerade das Gegenteil erwünscht war: die bürgerliche Presse. Am ersten Tag, da Jurgis als Streifbrotzer arbeitete, marschierte er, aus reinem Übermut mit drei Kameraden durch die Straßen einer Kneipe zu. Sie kamen an Polizeisten und Streifposten vorüber. Plötzlich eilten sechs Arbeiter heran, verhafteten den Selben ihr Unrecht nachzuweisen. Da diese die Vorwürfe mit Dohn erwiderten, verloren sie die Geduld, begannen zu drohen. Der eine Arbeiter rief einem Streifbrotzer den Hut vom Kopfe und warf ihn über einen Zaun. Der Mann wollte ihn holen. Im gleichen Augenblick durchstellte der Auf: „Selbe!“ die Luft aus Kneipen und Haustüren kam etwa ein Duzend Streifer herbeigeströmt, und die drei Selben flohen eilends in die Schlachthöfe zurück. Inzwischen hatte sich auch die Polizei eingefunden; die Menge regte sich auf, doch geschah weiter nichts. Etwas gut gekleidete junge Männer traten dabei, sprachen etwas in ihre Notizbücher. Zwei Stunden später trafen Zeitungsausträger mit Extrablättern

umher, auf denen in riefenhalten schwarzen und roten Lettern geschrieben stand: „Gewalttätigkeit in den Schlachthöfen! Streifbrotzer von einem müdenen Rob bedroht!“

Am folgenden Morgen wurde Jurgis zu einem der Oberaufseher gerufen, der ihn über seine Kenntnisse ausfragte; Jurgis' Herz pochte wild vor Aufregung, er ahnte sofort, seine Stunde sei gekommen: er wird Aufseher werden! Etwas der Aufseher gehörten der Gewerkschaft an, und auch andere, die nicht Mitglied waren, hatten sich den Streifenden angeschlossen. In den Schlachthöfen waren die Fabrikanten am schlechtesten daran, und gerade diese Arbeit konnte nicht hinausgeschoben werden. Das Wöln, Einzelnen und Verpanden der Konferenzen war nicht so eilig, aber das frische Fleisch mußte für Hotels und Restaurants herbeigeholt werden, sonst würde sich die öffentliche Meinung der ihres Praters Verbrauchs gegen die Unternehmer wenden. Jurgis benützte selbstverständlich die günstige Gelegenheit, ja, er verheißte sich auf die Arbeit, könne andere unterweisen. Wenn er jedoch diese Stelle annahm, so verlangte er die Sicherheit, nach dem Streik nicht entlassen zu werden. Dies wurde ihm zugestimmt. Er werde, so lange der Streik währe, fünf Dollars am Tag und nach Beendigung des Streites fünfundschwanzig Dollars die Woche erhalten. So lebte Jurgis als Aufseher in den Schlachthöfen zurück. Der Aufseher, der sich ihm bot, war ein unerkennlicher, dumme Regler und Ausländer, die kein Wort Englisch verstanden, schufteten dort, zusammen mit blaffen, schmalbrühtigen Fußballern und Angehenden, ohnmachtsnahe von der furchtbaren Hitze und dem stüngen Gestank des frischen Blutes. Wo früher in der Stunde vierhundert Tiere geschlachtet worden waren, wurden jetzt mit Mühe drei oder vier für den Gefrierraum fertiggemacht. Die Regler und die Raabunden hatten nicht die geringste Lust zu arbeiten, behaupteten alle paar Minuten, sie müßten sich erholen. Nach etlichen Tagen waren bereits elektrische Lichtsäulen für sie angebracht worden, sie mußten ihnen sogar Ruhebetten hin. Die armen von Angst gepöbelten Angestellten taten ihr Möglichstes, denn bereits am ersten Morgen waren von ihnen dreißig, die jede Streifbrotzerarbeit verweigert hatten, entlassen worden, ebenso eine Anzahl Sternenspinninnen, die nicht als Kellnerinnen arbeiten wollten. Und dieses Arbeitsloos sollte Jurgis organisieren. Er arbeitete aus allen Kräften, sollte hierhin und dorthin, gab Anweisungen. Er hatte noch nie im Leben Befehle gegeben, doch hatte er deren bereits so viele befolgt, daß er genau wußte, wie er es anfangen sollte. Aber keine Schüler waren keineswegs gefällig. „Hören Sie, Boh.“ sprachen die Regler, wenn er sie rief, „gefällt Ihnen meine Arbeit nicht kann ich ja gehen.“ Und meist drängten sich dann andere hinzu, drohendes Murren wurde laut. Nach der ersten Mühseligkeit waren alle Stahl-

meller verschwunden, nun behag jeder Keger eines, hart geschliffen, in seinem Stiefel verborgen. Jurgis entdeckte gar bald, es sei unmöglich, aus diesem Chaos Ordnung zu schaffen, und er ergab sich dem Geist der Stunde — es hatte gar keinen Sinn, sich durch Prüllen zu erwidern. Aber dem ging während des Streiks alles durch, und die Unternehmer zahlten willig. Waren sie doch froh, wenn es wenigstens gelang, die auf dem Transport verletzten oder erkrankten Tiere zu schlachten.

Inzwischen sammelten die Agenten der Unternehmer im fernem Süden Kegerstaben, versprachen ihnen fünf Dollars die Woche, Wohnung und Verpflegung, hüteten sich aber wohl, den Streik zu erwähnen. Schon waren überfüllte Waggons mit Schwarzen unterwegs, Extrazüge, für die alle anderen Jüge Platz machen mußten. Diese Städte bemühten auch die Gelegenheit, ihre Gefängnisse und Arbeitshäuser zu leeren; in Detroit wurde jedem Gefangenen die Freiheit geschenkt, wenn er sich verpflichtete, die Stadt innerhalb vierundzwanzig Stunden zu verlassen. Vor dem Gefängnis warteten die Agenten der Unternehmer, waggonierten sofort die Leute ein. Endlose Frachtwagen brachten Vorräte, darunter auch Bier und Whisky, um die Männer zum Weiben zu verlocken. In Cincinnati wurden dreißig junge Mädchen fürs „Obstplüden“ gebunden; als sie anlangen, mußten sie in der Konzentrationfabrik arbeiten, es wurden für sie im Portraum, durch den die Arbeiter gingen, Betten aufgestellt. In einigen Fabriken schliefen die Streifbrotzer in der Arbeitsstätte, keilten des Nachts die Pfritzen auf Tische, um nicht von den Kattien befalligt zu werden.

Aber trotz aller ihrer Anstrengungen begannen sich die Unternehmer außerst ungeduldig zu fühlen. Kaumig Prozent der Arbeiter streikten, der Fleischpreis war um dreißig Prozent hinausgegangen, das Publikum forderte energisch eine Verhandlung. Die Unternehmer schlugen ein Schiedsgericht vor, nach zehn Tagen ging die Gewerkschaft auf diesen Vorschlag ein, und der Streik mußte abgebrochen. Die Arbeiter sollten alle nach fünfundsiebzig Tagen wieder eingestellt werden — auch die gewerkschaftlich organisierten. Jurgis ging bekümmert umher. Würden alle Arbeiter wieder eingestellt, so würde er keine fertige Stelle verlieren. Er sprach darüber mit dem Oberaufseher. Dieser lächelte grimmig, meinte, er werde schon sehen. Bei Durham würden die meisten Streifbrotzer in der Nacht sterben. Ob die Berechnung ein Teil des Unternehmens gewesen war, um Zeit zu gewinnen, ob sie wirklich hofften, den Streik abzuwürgen und die Gewerkschaft lahmzulegen, wurde nie bekannt, eines Nachts jedoch ging vom Bureau der Durham-Fabrik ein Telegramm an alle großen Konzentrationfabriken ab: „Stellt keine Gewerkschaftsfunktionäre ein.“ (Fortsetzung folgt)

